Morgenausgabe

Nr. 473 / A 240 — 45. Jahrgang

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3,60 M. im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M. einschl. Bestellgeld, Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

*

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend". Illustrierte Beilagen „Volk und Zeit" und „Kinderfreund". Ferner „Unterhaltung und Wissen", „Frauenstimme", „Technik", „Blick in die Bücherwelt" und „Jugend-Vorwärts"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sonnabend
6. Oktober 1928

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentägl. von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Die Gemeindewahlen verschoben.

Der Beschluß des Landtags. — Debatte um die Scheuer-Transaktion.

Im Landtag ist gestern die Entscheidung über den Gemeindewahltermin gefallen, und die Wahlangst hat gesiegt. Die Mehrheit der sämtlichen bürgerlichen Parteien hat beschlossen, daß die Gemeindewahlen, Kreistagswahlen und Provinziallandtagswahlen gemeinsam bis zum 31. Dezember 1929 stattfinden sollen. Man ist also von dem ursprünglich vereinbarten Wahltermin des 2. Dezember d. J. abgekommen und wird die Wahlen um ein volles Jahr hinausschieben.

Sachlich läßt sich diese Entscheidung in keiner Weise rechtfertigen. Die Auflösung der Gutsbezirke macht trotz aller Wahlangst der bürgerlichen Parteien neue Gemeindewahlen in etwa 1000 preußischen Gemeinden noch in diesem Jahre unvermeidlich. Aber auch in allen übrigen Gemeinden sind die Gemeindevertretungen längst überaltert. Sie sind am 4. Mai 1924 unmittelbar nach Ende der Inflation gewählt worden und entsprechen längst weder in der Parteizusammensetzung noch personell dem wirklichen Volkswillen. Endlich kommt hinzu, daß je länger die Gemeindewahlen hinausgeschoben werden, desto größer die Unordnung in der Gemeindeverwaltung werden muß; denn das sogenannte Sperrgesetz macht eine ordnungsmäßige Ergänzung der Magistrate unmöglich.

Aber man hätte mit Engelszungen reden können — die bürgerlichen Parteien wollen eben nicht wählen, weil sie Angst haben. Sie werden jede mögliche Verschiebung der Wahlen beschließen, und je länger sie den Gemeindewählern die Ausübung ihres demokratischen Grundrechts vorenthalten, desto gründlicher wird nachher die Abrechnung sein.

Auf die ernste Frage des Termins der Gemeindewahlen folgte eine niedliche parlamentarische Burleske, die Große Anfrage der Demokraten über den Ankauf der Aktien der Getreide-Industrie A.-G., des Scheuer-Konzerns, durch die Rentenbank-Kreditanstalt (Reich) und die Preußische Zentral-Genossenschaftskasse (Preußen), die vom Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff, wie wir im Wirtschaftsteil des näheren ausführen, beantwortet wurde.

Der Ankauf selbst stößt auf keinen ernsten parlamentarischen Widerstand, denn er dient der Reorganisierung des Getreidehandels und der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die augenblicklich in einem elenden Zustand der Krise und Verworrenheit sind. An dem Ankauf beteiligt sind die agrarischen Kreise durch die Rentenbank-Kreditanstalt, genau ebenso wie die preußische Linksregierung durch die Preußenkasse und den demokratischen Finanzminister.

Aber auf der anderen Seite ist der freie Getreidehandel natürlich wütend, wenn etwas geschieht, um den Getreidehandel zu organisieren und Bauern wie Konsumenten vor Auswucherung zu schützen. Und die händlerischen Parteien müssen nun so tun, als ob sie den Ankauf der Scheuer-Aktien wütend bekämpfen. Sie droschen also um die Wette Phrasen über die Notwendigkeit der freien Wirtschaft, über die weiterlösende Rolle des freien Getreidehandels, gegen die kalte Sozialisierung, gegen die Monopolisierung und die Korruption, die natürlich in der kapitalistischen Wirtschaft gänzlich unbekannt ist und erst dann ihren Einzug hält, wenn der Staat eingreift.

Ernst genommen wurde dieser Sturm im Wasserglas nur von einem Novizen der Wirtschaftspartei, dem Abg. Schmidt-Höpke, der mit seinen Eidschwüren, für die freie Wirtschaft zu leben und zu sterben, im Hause schallendes Gelächter erntete. Selbst der Führer der Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei, Professor Bredt, der auf der Tribüne saß, brüllte vor Lachen und verschwand schließlich leise weinend. Herr Ladendorff, der Fraktionsführer, winkte verzweifelt dem Neuling abzutreten. Aber der war im Schwung der Begeisterung.

Die Komödie, die man um den Scheuer-Konzern herum dem freien Handel vorspielt, soll im Hauptausschuß fortgesetzt werden. Viel Spaß!

Am Sonnabend schließt der Landtag seine Oktobertagung. Von der großen Koalition wird im November weitergeredet werden. So schnell, wie die Volkspartei denkt, schießen die Preußen nicht.

Koalition und Konkordat.

Keine interfraktionelle Besprechung über die Koalitionsfrage

Die Nachrichten, daß in der interfraktionellen Sitzung der Regierungsparteien die Koalitionsfrage besprochen worden sei, sind irrig. Die interfraktionelle Sitzung hat sich nur mit laufenden Angelegenheiten befaßt.

Der preußische Ministerrat wird sich am kommenden Dienstag erstmalig mit den Verhandlungen beschäftigen, die zwischen dem Nuntius Pacelli und dem Beauftragten des Kultusministeriums, Ministerialdirektor Trendelenburg, geführt worden sind.

Die Wiener Arbeiter in Bereitschaft

Keine Beteiligung an der Gegenkundgebung in Wiener-Neustadt.

Wien, 5. Oktober.

Die sozialdemokratische Obmännerkonferenz fordert die Wiener Arbeiterschaft auf, am 7. Oktober nicht nach Wiener-Neustadt zu fahren, um der Arbeiterschaft des dortigen Industriegebiets auf den Bahnen keinen Platz wegzunehmen, dagegen sollen sich die Führer der Wiener Parteiorganisation am Sonntag hier in genau bestimmten Lokalen aufhalten. Der Vorstand des Bundes der Freien Gewerkschaften beschloß, am Sonntag nachmittag in Wien zusammenzutreten.

Wie die „Neue Freie Presse" meldet, werden sich die burgenländischen Sozialdemokraten gemäß der Weisung der Parteileitung, ebenfalls nicht nach Wiener-Neustadt begeben.

Mobilmachung in Wiener-Neustadt.

Wiener-Neustadt, 5. Oktober. (Privatkorrespondenz des WTB.)

Die Stadt zeigt seit gestern ein vollständig verändertes Bild, das vorwiegend militaristischen Charakter trägt. Im Laufe des gestrigen Tages sind bereits einige tausend Mann Militär und Gendarmerie in die Stadt eingezogen; sie erregten um so mehr Aufsehen, als sie

in feldmarschmäßiger Ausrüstung mit Stahlhelm und aufgepflanztem Bajonett

durch die Stadt marschierten. Für heute wird das Eintreffen von weiteren Militär- und Gendarmerieabteilungen erwartet. Der größte Teil des Militärs ist in der ehemaligen Militärakademie der Bundeserziehungsanstalt untergebracht, weshalb sämtliche Schüler dieser Anstalt schon gestern diese räumen und in ihre Heimatorte zurückkehren mußten. Die hiesige städtische Sicherheitswache hat in den letzten Tagen Schießübungen abgehalten; sie wird für den 6. und 7. Oktober mit Mannlicher-Gewehren ausgerüstet sein. Großes Aufsehen erregen die vielen Militärordonnanzen, die auf Motorrädern durch die Stadt rasen. Die Stadt wimmelt von Uniformen. Für den Fall eventueller Zusammenstöße wurden im hiesigen allgemeinen

Krankenhaus 300 Notbetten und 22 Tragbahren bereitgestellt.

Der ärztliche Dienst in Wiener-Neustadt wird durch eine Reihe von Wiener Aerzten verstärkt werden.

Viele Geschäftsleute haben für ihre Auslagen Holzverschalungen machen lassen, so daß die hiesigen Tischler mit Arbeit überhäuft sind. Der sonst am Sonnabend abgehaltene Wochenmarkt wurde bereits heute früh abgehalten, da morgen früh sämtliche Betriebe der Stadt stillstehen, aller Voraussicht nach auch die Geschäftsleute von Wiener-Neustadt ihre Lokale bereits Sonnabend mittag schließen werden. In Anbetracht des bereits morgen einsetzenden Alkoholverbots werden auch die hiesigen Gastwirte ab morgen bis Sonntag abend geschlossen halten. Viele Neustädter Einwohner haben bereits die Stadt verlassen, um an den beiden kritischen Tagen außerhalb von Wiener-Neustadt die Ereignisse abzuwarten. Man hofft jedoch mit aller Bestimmtheit, daß es zu keinen Zusammenstößen kommen wird.

Auch in Baden trifft man Maßnahmen für den 7. Oktober. Es sind bereits 500 Mann Gendarmerie zur Sicherung des Kurortes eingetroffen.

Kommunisten möchten im Trüben fischen.

Wien, 5. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Kommunisten bemühen sich, die Veranstaltungen in Wiener-Neustadt möglichst zu stören. In ihrem unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erscheinenden Organ forderten sie am Freitag u. a. zum Generalstreik auf. Das Blatt wurde daraufhin beschlagnahmt. Auch sonst sind die Wiener Kommunisten äußerst aktiv. In einer Versammlung leisteten sie sich gestern einen kleinen Zusammenstoß mit der Polizei. Es ist jedoch nicht zu befürchten, daß die Kommunisten den Aufmarsch der Sozialdemokratie irgendwie zu stören vermöchten.

Der politische Lohn.

Ein Beitrag zum Tarif- und Schlichtungsrecht.

Ist es Zufall, daß bei der gegenwärtigen Aussprache über Aufgaben und Funktion des Schlichtungswesens Unternehmer und Kommunisten an einem Strange ziehen? Wir glauben es nicht. Soweit es sich um die politische Seite des Problems handelt, stimmen beide in ihrer Abneigung gegen die Republik und ihre Fortentwicklung zu einer sozialen Volksrepublik überein.

Auf dem Sozialdemokratischen Parteitag in Kiel hat Genosse Hilferding in seinem Referat über „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik" das Wort vom politischen Lohn geprägt. Es müsse in jedes Arbeiterhirn eingehämmert werden, daß der Wochenlohn ein politischer Lohn ist, daß es von der Stärke der parlamentarischen Vertretung der Arbeiterklasse, von der Stärke ihrer Organisation und den sozialen Machtverhältnissen außerhalb des Parlaments abhängt, wie der Lohn am Ende der Woche sich gestaltet. Das Schlichtungswesen ist einer jener politischen Faktoren, die den Lohn mitbestimmen. Die Arbeiterschaft muß sich über die Bedeutung dieses Faktors völlig im klaren sein. Auf dem Kongreß der freien Gewerkschaften in Hamburg hat der sozialdemokratische Arbeitsminister, Genosse Wissell, treffend darauf hingewiesen, daß zunächst die Organisation der Schlichtung das Zustandekommen von Kollektivverträgen sichern mußte. Wörtlich führte er dann aus:

„Wie Ihnen bekannt, wird zurzeit von verschiedenen Seiten eine Reform des Schlichtungswesens angestrebt. Ich habe mich auch bereit erklärt, ernsthafte Anregungen entgegenzunehmen und zu prüfen. Bei allen Verhandlungen hierüber muß aber feststehen, daß unser sozialer Staat es sich nicht nehmen lassen kann, am Ausgleich der Kämpfe und Interessen mitzuwirken, sofern die Parteien nicht den Weg zueinander finden. Ebensowenig darf das verfassungsmäßig Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer angetastet werden, das allein eine Befriedung unseres Arbeitslebens gewährleistet."

Hier ist der entscheidende Zusammenhang zwischen Schlichtung und kollektiver Regelung der Arbeitsbedingungen durch Abschluß von Tarifverträgen scharf hervorgehoben. Es ist notwendig, daß dieser Zusammenhang auch bei der für den 16. Oktober in Aussicht genommenen Besprechung im Reichsarbeitsministerium ins rechte Licht gerückt wird. Denn es handelt sich bei diesem Streit nicht um formale juristische Dinge, sondern um das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften bei der kollektiven Regelung der Arbeitsbedingungen. Die Unternehmer sagen Schlichtungsrecht, meinen aber den Tarifvertrag. Sie wissen, daß allein der Tarifvertrag die Form der kollektiven Regelung der Arbeitsbedingungen ist, in der das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften wirksam werden kann. Hinter dem Unternehmergeschrei nach einer Reform des Schlichtungswesens verbirgt sich in Wahrheit nur ihre Tariffeindlichkeit. Es ist ein alter Kampf, der im Verlaufe der Jahre die mannigfaltigsten Formen annahm. Sich der einzelnen Etappen zu erringen, ist angesichts der bevorstehenden Verhandlungen notwendig.

In der bekannten Vereinbarung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden vom 15. November 1918 war festgelegt, daß die Arbeitsbedingungen durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen sind. Schon nach kurzer Zeit setzten Bestrebungen von Unternehmerverbänden ein, davon loszukommen. Als dieser mangelnden Tarifwilligkeit der Unternehmer eine Vorschrift aus der Demobilmachungsverordnung über die Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern entgegengehalten wurde, die die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen vorsah, bestritten die Unternehmer die Anwendbarkeit dieser Bestimmung auf Kollektivstreitigkeiten. Als sie damit nicht durchkamen und inzwischen auch eine ausreichende gesetzliche Klärung erfolgt war, entdeckten sie auf einmal, daß ein verbindlich erklärter Schiedsspruch nicht die Wirkung eines unabdingbaren Tarifvertrages haben könne. Als auch das nicht zum Ziele führte, gingen die Unternehmerverbände vielfach dazu über, sich durch Satzungsbestimmungen als tarifunfähig zu erklären. Auch das nutzte nichts. Alles Lamentieren und Prozessieren führte bis jetzt nicht zu dem heiß ersehnten Erfolg, von dem verhaßten Tarifvertrag loszukommen. Wie sehr es der Tarifvertrag den Unternehmern angetan hat, zeigt eine vor längerer Zeit in der „Berliner Börsen-Zeitung" erfolgte Auslassung des früheren Syndikus der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände Dr. Meißinger. Er erklärte:

„Die Anerkennung des Tarifvertrages ist für sich schon ein so weitgehendes Zugeständnis privatwirtschaftlicher Weltanschauung an den Sozialismus, daß dies nicht oft genug auch in der Oeffentlichkeit betont werden kann."

Jetzt will man offensichtlich über eine Reform des Schlichtungswesens von diesem weitgehenden Zugeständnis loskommen!

Die tiefste Sehnsucht der Unternehmer geht nach einer völligen Beseitigung des Schlichtungswesens. Wie so häufig, fühlen sich auch in diesem Falle die Kommunisten berufen, die tiefste Sehnsucht der Unternehmer zu erfüllen. Die kom-

munistische Reichstagsfraktion hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der die radikale Beseitigung des Schlichtungswesens vorsieht. Herr Gol, der Unternehmerscharfmacher von der Wasserkante, und alle die anderen aus den bürgerlichen Parteien haben ihre helle Freude daran! Die Kommunisten haben entdeckt, daß „der Tarifvertrag den Kapitalisten als ein Instrument, große Massen im Interesse ihrer Lohn-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zu kommandieren und zu knebeln, willkommen ist". Nach ihrer Meinung ist das Schlichtungswesen eine Maschinerie des deutschen Trustkapitals, in der die sozialdemokratischen Minister die willfährige Rolle der Maschinenmeister spielen. Daher kommt es wahrscheinlich, daß die Kapitalisten begeistert sind von der kommunistischen Forderung nach Beseitigung des Schlichtungswesens! Aber auch wenn das nicht ganz zu erreichen ist, stimmen beide Teile darin überein, wenigstens die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen zu beseitigen.

„Ueber die Zustimmung eines Teiles der Gewerkschaften zur Beschneidung des Streikrechts der Arbeiterschaft durch die Zwangstarife habe ich mich immer gewundert."

Das könnte in der „Roten Fahne" stehen, stand jedoch schon vor Jahren in der Zeitschrift der Vereinigung „Der Arbeitgeber". Die Unternehmer schwärmen für Streikfreiheit, um die verhaßte Verbindlichkeitserklärung loszuwerden!

Die soziale Funktion des Schlichtungswesens besteht darin, die notwendige staatliche Hilfe bei der kollektiven Regelung der Arbeitsbedingungen zu leisten und nötigenfalls auch die Tariffeindlichkeit der Unternehmer zu brechen. Die Unternehmer sind für das freie Spiel der Kräfte, weil sie glauben, dabei am besten zu fahren; nach ihrer Meinung hat der Staat nur die Aufgabe, den Unternehmerprofit zu schützen. Wir sind der Meinung, daß es auch eine Aufgabe des Staates ist, durch eine aktive Lohnpolitik der Arbeitskraft jenen besonderen Schutz angedeihen zu lassen, wie ihn die Reichsverfassung verspricht und damit gleichzeitig zu einer sozialen und kulturellen Höherentwicklung beizutragen. Eine Reform des Schlichtungswesens, die das stärker sichern will, soll uns willkommen sein. Aber nur unter solchen Bedingungen kommt eine Reform ernsthaft in Frage!

Der Grund zum Haß.

Das Stahlhelmvolksbegehren als Sanierung.

Wenn unsolide Firmen vor der Pleite stehen, stecken sie das letzte Geld in schreiende Reklame — letzte Hoffnung vor dem Ende. Das Stahlhelmgeschäft geht schlecht — also her mit der Haßbotschaft und dem Volksbegehren gegen die Republik!

Ein Stahlhelmbefehl des Landesverbandes Hannover an alle Gaue und Kreise vom 28. September zeigt diesen Zusammenhang auf:

Nachdem durch die Nummer 40 des „Stahlhelm" vom 30. September (siehe diese) die Beschlüsse des Bundesvorstandes vom 22. und 23. d. M. jedem Kameraden bekannt gemacht worden sind, muß nunmehr sofort in allen Teilen des Bundes eine eifrige Tätigkeit entfaltet werden, durch welche gleichzeitig das an vielen Stellen hervorgetretene Stagnieren in unserer Bewegung beseitigt und neues Leben im Kreise der Kameraden geweckt werden soll.

Hierzu hat im Laufe des nächsten Vierteljahres innerhalb jeden Gaues eine Versammlung der Kreis- und Gruppenführer und darnach innerhalb jedes Kreises eine Versammlung aller Ortsgruppen stattzufinden.

In diesen Versammlungen, bei denen der Herr Gauführer, soweit irgend möglich, persönlich zugegen oder durch den 2. Gauführer vertreten sein muß, und an denen ich oder ein Kamerad des Landesverbandes teilnehmen werde, müssen die Gründe des augenblicklichen Stillstandes bzw. Rückganges der Tätigkeit innerhalb des Landesverbandes und ihre restlose Beseitigung erwogen werden. Gleichzeitig sind Beschlüsse zu fassen, wie betr. des vom Bundesvorstand angestrebten Volksbegehren schon jetzt im Kreise der Freunde unserer Bewegung wie in allen vaterländischen Kreisen Stimmung gemacht werden kann.

Entweder wir lassen unsere Aufgabe, die wir als Frontkämpfer übernommen haben, im Sande verlaufen und machen uns lächerlich, oder wir gehen mit heiliger Begeisterung und dem unbeugsamen Willen, unser Ziel auch zu erreichen, an die Arbeit.

Frontheil! Die Republik steht fest und der Stahlhelm verkümmert — das ist freilich Grund genug zum Haß gegen die Republik.

Gegen monopolistische Ausbeutung.

Zeitungsverleger und Papierkartelle.

Es ist leider sehr selten festzustellen, daß die Verbraucherindustrie offen gegen die Auswüchse der Monopole und Kartelle ankämpfen. Um so erfreulicher ist es, daß die deutschen Zeitungsverleger auf ihrer Jahrestagung gegen die Preispolitik der Papierkartelle scharf Stellung nahmen. In einem ausführlichen Referat legte Dr. Carbe (Berlin) dar, daß die Verleger den Papierkartellen auf Gedeih und Verderb ausgeliefert seien, woran auch die augenblickliche Preislockerung nichts ändere, da jeden Tag die Preisschraube von neuem willkürlich angezogen werden könne.

Zur Bekämpfung der monopolistischen Umtriebe der Papierkartelle forderte die Versammlung eine Aenderung des Kartellgesetzes oder die Einführung einer besonderen Kartellaufsicht und eine Senkung, wenn möglich sogar eine Beseitigung der deutschen Papierzölle. Besonders die zweite Forderung wurde stark unterstrichen, da der autonome deutsche Papierzoll von 12,50 M. und der Vertragszoll von 6,50 M. jede ausländische Papierkonkurrenz unmöglich macht.

Die Zeitungsverleger haben aus ihren Erfahrungen mit den Papierfabriken die richtige Konsequenz gezogen und es ist dringend zu wünschen, daß das Vorgehen der Verleger auch in den übrigen Unternehmerverbänden, soweit sie Opfer monopolistischer Kartelle sind, Nachfolge finden.

Polizeipräsident Stieler vom Polizeipräsidium Bochum ist zum Regierungspräsidenten in Aachen ernannt worden. Seit 1919 gehört er der Zentrumspartei als preußischer Abgeordneter an. Er ist Mitglied des Landes- und Fraktionsvorstandes und Vorsitzender des Geschäftsausschusses des Preußischen Landtages. Im Jahre 1921 wurde er zum Polizeipräsidenten in Gelsenkirchen ernannt.

Japan und Frankreich haben Räume für ihre Gesandtschaften in Ottawa, der Hauptstadt Kanadas, gemietet. Die neuen Gesandten werden in kurzer Zeit eintreffen.

Spanienreisen visumfrei. Ab 15. d. M. ist im deutsch-spanischen Reiseverkehr der Sichtvermerk unnötig.

Harmonischer Ausklang in Birmingham.

Nach einem heftigen Zwischenfall wegen der russischen Abrüstungsvorschläge.

Birmingham, 5. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Parteitag der Arbeiterpartei behandelte am Freitag in seiner letzten Sitzung zunächst die agrarpolitischen Forderungen des Programms. Dabei ergab sich völlige Einigkeit über die hauptsächlichen Programmpunkte, insbesondere über die Notwendigkeit der Einbeziehung der Landarbeiter in die Arbeitslosenversicherung.

Als letzter Punkt der Tagesordnung lagen dem Kongreß die auf

Abrüstung und demokratische Kontrolle der Außenpolitik

bezüglichen Programmforderungen vor. Im Vordergrund der Debatte stand im wesentlichen ein von einer Londoner Ortsgruppe der Partei eingebrachter Zusatzantrag, der die zukünftige Arbeiterregierung darauf festlegen wollte, „beim Völkerbund die Einberufung einer allgemeinen Vollabrüstungskonferenz zu beantragen", und für die sofortige völlige Abrüstung im eigenen Lande einzutreten. Im Verlauf der Diskussion wurden von verschiedenen linksoppositionellen Rednern die russischen Abrüstungsvorschläge als Muster erwähnt. Macdonald stellte daraufhin in schärfster Weise fest, daß er „die ewige Zitierung der russischen Vorschläge satt" sei. Die Folge dieser ungeduldigen Bemerkung war eine starke Empörung der oppositionellen Delegierten, die sich in Gestikulationen und heftigen Zwischenrufen äußerte. Als sich der künstliche Sturm gelegt hatte, bemerkte Macdonald, die Sowjetvorschläge wären so unfertig gewesen, daß sie keiner Kommissionsprüfung in Genf hätten standhalten können. Die Russen selbst hätten diese Vollabrüstungsvorschläge wieder zurückgezogen und durch andere ersetzt, nach denen gewisse Mächte ihre Streitkräfte um die Hälfte vermindern sollten. Es sei falsch, die russischen Abrüstungsvorschläge als einen Vollabrüstungsplan zu bezeichnen. Macdonald betonte schließlich, eine zukünftige Arbeiterregierung habe mit eigenen Abrüstungsvorschlägen nach Genf zu gehen und werde dort auch gegen die Delegierten kapitalistischer Regierungen einzutreten haben. Er denke nicht daran, so lange zu warten, bis alle Völkerbundsdelegierten in Genf sozialistisch seien. Die sofortige Einberufung einer Abrüstungskonferenz sei unmöglich, da unter den heutigen Verhältnissen eine zum mindesten zweijährige Anstrengung nötig sei, um zunächst einmal die für die Einberufung einer Abrüstungskonferenz nötige internationale Atmosphäre zu schaffen.

Die Abrüstungsvorschläge des Programms und damit der letzte Teil des gesamten Programms wurde schließlich unverändert angenommen. Die

innere Geschlossenheit der Konferenz

kam bei dem Abschluß der Verhandlungen insofern deutlich zum Ausdruck, als der Führer der Opposition Maxton in einer menschlich überaus sympathischen Rede den Dank des Kongresses an die Exekutive und den Präsidenten aussprach. Dann schloß der Vorsitzende des Kongresses die Verhandlungen mit dem Ausdruck der Siegeszuversicht. — Für das kommende Jahr wurde Herbert Morrison zum Vorsitzenden, Frau Suzanne Lawrence zur stellvertretenden Vorsitzenden der Arbeiterpartei gewählt. Das bedeutet, daß nach dem üblichen jährlichen Turnus Genossin Lawrence im Jahre 1930 als erste Frau das Amt des Parteivorsitzenden der britischen Arbeiterpartei bekleiden wird.

Hilfe für Thälmann.

Stalin hat gepfiffen — die deutsche Zentrale wird klein.

Stille an versteckter Stelle veröffentlicht die Zentrale der KPD. in der „Roten Fahne" die folgende Verlautbarung:

„Das Polbureau des ZK. faßte in seiner Sitzung vom 2. Oktober folgenden Beschluß:

Um Mißdeutungen der Stellungnahme der Mehrheit des ZK. zu verhüten, erklärt das Polbureau:

1. Die Mehrheit des ZK. ist bei ihrer Beschlußfassung auf Grund der bekannten Tatsachen von der Erwägung ausgegangen, daß Genosse Thälmann trotz seines schweren politischen Fehlers in der Führung der Partei bleiben soll;

2. das Polbureau erwartet, daß das EKKI. die Stellungnahme des ZK. in diesem Sinne billigt;

3. das Polbureau beschließt, in schärfster Weise gegen jede innerparteiliche Ausnutzung der Hamburger Vorgänge, insbesondere auch von rechten oder versöhnlerischen Gruppierungen, zu kämpfen.

Für diese Resolution stimmten zehn Genossen, der Stimme enthielten sich drei Genossen, unter Abgabe von Erklärungen. Die Delegation des ZK. ist nunmehr in Moskau eingetroffen, so daß mit einer Entscheidung des EKKI. in den nächsten Tagen zu rechnen ist."

Um Mißdeutungen zu vermeiden — das ist gut gesagt! Stalin hat gepfiffen, und die sogenannten deutschen Führer, die sich eingebildet haben, sie hätten etwas zu sagen, beginnen zu tanzen. Thälmann soll also die große Kanone, der deutsche „Arbeiterführer" bleiben! Nun laufen die Zentraleleute durcheinander wie eine aufgescheuchte Hühnerschar. Das Organ des Lenin-Bundes teilt mit:

„Der Cliquenkampf in der Parteibureaukratie hat mit aller Schärfe eingesetzt. Einer beschuldigt den anderen, Thälmann „verraten" zu haben oder den „Ultralinken Material zuzutragen". Eine jeder Beschreibung spottende Verwirrung innerhalb der Partei„führung" hat Platz gegriffen. Die „Rote Fahne" täuscht nach außen „Kraftbewußtsein" vor. In ihrer eigenen Redaktion herrscht Katzenjammer. Thälmanns Ankündigung von Enthüllungen über seine bisherigen nächsten Freunde hat diese ebenfalls zu der Drohung veranlaßt, mit weiterem, Thälmann schwer belastenden Korruptionsmaterial herauszukommen!"

Das wird gut werden, wenn Teddy racheschnaubend zurückkommt!

Die Renten der Standesherren.

Ein Gesetzentwurf des Reichsjustizministeriums. — Der Aufwertungssatz 8 Prozent.

Ein Gesetzentwurf über die Aufwertung und Ablösung älterer Staatsrenten wird — wie der Soz. Pressedienst erfährt — das Reichskabinett noch in diesem Monat beschäftigen. Das Gesetz erstreckt eine Abfindung der sogenannten standesherrlichen Rentenansprüche an die Länder, die von der Bürgerblockregierung zwar wiederholt zugesagt, aber niemals ernsthaft in Angriff genommen und darum auch niemals erledigt worden ist.

Die schleunige Verabschiedung dieser Vorlage ist notwendig, nachdem das Oberlandesgericht in Frankfurt a. M. erst kürzlich wieder in einem Aufwertungsprozeß der freiherrlichen Familie von Preuschen, der aus einer Leibeigenschaftsrente hergeleitet wird, eine hundertprozentige Aufwertung zugebilligt und das Urteil gegen den preußischen Staat als vollstreckbar bezeichnet hat. Der Fall schwebt augenblicklich vor dem Reichsgericht. Andere Gerichte haben ähnliche Fehlurteile gefällt.

Das Reichsjustizministerium hat sich in seinem Entwurf die Vorschläge der preußischen Regierung zu eigen gemacht, die von der Bürgerblockregierung unter der Führung des deutschnationalen Justizministers Hergt immer wieder abgelehnt worden sind. Es schlägt im allgemeinen eine Aufwertung von 8 Proz. vor. Als nicht aufwertungsfähig sollen Leibeigenschafts- und Hoheitsrenten gelten. Die Liegenschaftsrenten sollen bis zu 25 Proz. aufgewertet werden können, wenn Verpflichtungen aus Ruhegehältern nachgewiesen werden. In besonderen Fällen kann eine Aufwertung bis zu 40 Proz. erfolgen. Diese Aufwertungssätze sollen u. a. gestattet werden, wenn aus der Rente eine kulturhistorisch oder gemeinnützig wertvolle Anlage (Schloß oder Park) bestritten wird.

Der neue Reichsetat.

Im Reichsfinanzministerium wird ein Nachtragsetat für 1928 vorbereitet, der u. a. auch den durch die Besoldungsordnung vom Dezember 1927 notwendig gewordenen neuen Stellenplan enthält. Dieser Nachtragsetat, mit dem sich das Reichskabinett schon in den nächsten Tagen beschäftigen wird, steht im engsten Zusammenhang mit dem Reichsetat für 1929, der bis zum 1. November dem Reichsrat vorgelegt wird.

Die Beratungen über den neuen Reichsetat mit den Ressorts sind schon seit einiger Zeit abgeschlossen. Eine ganze Reihe von Etats befindet sich bereits im Druck. Schwierigkeiten bei der diesjährigen Etatsaufstellung haben sich dadurch ergeben, daß Ueberschüsse aus dem vergangenen Etatsjahre nicht mehr vorhanden sind und Einnahmen aus Münzgewinnen, die in den letzten Jahren eine bedeutende Rolle spielten, vollständig wegfallen.

Neuer Massenprotest gegen Bratianu.

Große Bauerkundgebung in Bukarest beschlossen.

Bukarest, 5. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Vollzugsausschuß der Nationalzaranistischen Partei (das ist die oppositionelle Bauernpartei. Red.) hat beschlossen, schon in nächster Zeit in Bukarest eine Massenversammlung abzuhalten, an der Vertreter sämtlicher Gemeinden des Landes teilnehmen sollen. Die Demonstration hat den Zweck, den Beschluß des nationalzaranistischen Rumpfparlaments vom Juli dieses Jahres über die Nichtanerkennung der Regierung und der von ihr gefaßten Beschlüsse gewissermaßen ratifizieren zu lassen. In nationalzaranistischen Kreisen rechnet man mit einer noch stärkeren Beteiligung der Bauern als in Alba Julia. Mit dem Beschluß der nationalzaranistischen Partei tritt der Kampf um die Macht in Rumänien, der in den letzten Monaten wegen der Erntearbeiten etwas abgeflaut war, wiederum in die Phase des Massenkampfes.

Das enthüllte Geheimabkommen.

Bestürzung in Paris.

Paris, 5. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Veröffentlichung von Teilen der englisch-französischen Korrespondenz, die dem Abschluß des Flottenkompromisses vorausging, hat in den hiesigen diplomatischen Kreisen beträchtliche Bestürzung hervorgerufen. Die Echtheit der Veröffentlichungen des „Echo de Paris" wird dabei nicht bestritten.

Der „Temps" erklärt am Freitag abend in gewundenen Ausdrücken lediglich, daß das Flottenkompromiß durchaus friedlichen Zwecken diene und gegen keine Macht gerichtet sei. Das Blatt vermeidet es dabei sorgfältig, auf die Erwähnung des Verzichts Englands auf künftigen Widerstand gegen die französischen Landrüstungen mit einem Wort einzugehen. Der „Soir" faßt seinerseits das Ergebnis der Veröffentlichungen des „Echo de Paris" dahin zusammen: „Frankreich läßt England freie Hand auf dem Meere unter der Bedingung, daß England Frankreich freie Hand auf dem Lande läßt. Dank dieses Kompromisses wird die Seekriegsorganisation Großbritanniens intakt bleiben, und die französische Militärorganisation bleibt vor jeder Drohung bewahrt. Das Ganze nennt man Entwaffnung."

Flieger gegen Lösegeld freigelassen. Der französische Flieger Vidal und sein Begleiter, die kürzlich in Spanisch-Marokko notlandeten mußten und von einem Eingeborenenstamm gefangen gehalten wurden, sind nach schwierigen Verhandlungen gegen Lösegeld freigelassen worden. Um die Loskaufung zweier anderer französischer Fliegeroffiziere sind seit Wochen Verhandlungen im Gange, die jedoch bisher ergebnislos gewesen sind.

Vor fünfzig Jahren.

Die Fortschrittspartei sagt Nein!

6. Oktober 1878.

„Das offizielle Organ der nationalliberalen Partei, die „N. L. C.", stellt die Behauptung auf (man sieht nicht, auf welcher Grundlage), wenn die Fortschrittspartei in ihrer ablehnenden Haltung gegen das Sozialistengesetz verharre, so werde sie es ihun „in dem Bewußtsein, daß das Gesetz auch ohne ihre Mitwirkung zu Stande komme". Diese Insinuation kann nicht entschieden genug zurückgewiesen werden. Die Fortschrittspartei hat erklärt, daß das Gesetz nicht verbesserungsfähig sei, und ihre Vertreter in der Kommission glauben den Beweis dafür geliefert zu haben. Sie wird im Plenum wie in der Kommission mit Nein stimmen, um, soviel an ihr ist, die Vorlage zu Fall zu bringen und das Land vor den unheilvollen Folgen einer Ausnahme des Gesetzes zu bewahren."

„Voss. Ztg."

Der Ruf nach dem Leben.

Von der Arbeit des Selbsthilfebundes der Körperbehinderten.

„Stellt uns ein in die Reihen der Arbeitsmenschen, bedauert uns nicht, kränkt uns vor allem nicht durch milde Gaben!" so lautet der unsichtbare Spruch über diesem Hause. Und deinnen? Das sind keine Verzweifelten, Hilflosen, die das Schicksal und sich selbst beklagen. Helfer sind sie, aus eigenster körperlicher Not zehnfach sehend geworden für das Schicksal ihrer Gefährten.

Der Selbsthilfebund der Körperbehinderten, der im Jahre 1919 gegründet wurde, bezog vor etwa zwei Monaten sein neues eigenes Heim im Südosten der Stadt, in der Schmidstraße 8a. Die Mitglieder setzen sich aus Angehörigen aller möglichen Berufs- und Bevölkerungsschichten zusammen. Arbeiter, Handwerker, Studierende — auch eine Studienrätin ist darunter —, kaufmännisch und künstlerisch Gebildete. 1200 Mitglieder sind es heute. „Wenig, allzuwenig," meint der Vorsitzende der Berliner Geschäftsstelle; die letzte Gebrechlichenzählung ergab eine Ziffer von 400 000 Personen in Deutschland.

„Nur nicht den Gedanken aufkommen lassen: Du bist nutzlos in der Welt! dann ist auch schon all das Schwere überwunden," sagt der Mann, der die Geschäftsstelle leitet und er berichtet über sein eigenes Schicksal:

Als Sohn eines Kohlenarbeiters in Danzig geboren, verlor er im jugendlichen Alter infolge Arthritis (Gelenkversteifung) die Gehkraft. Fünfzehn lange Jahre lag er in einem kleinen Zimmer mit der einzigen Aussicht auf einen öden, kahlen Hof. Ein lebendig Toter, niemand zur Freude und jedem zur Last. Später kam er dann nach Berlin, er schloß sich dem Bund an und heute ist er ein freudiger, lebensbejahender Mensch geworden, der in seiner Arbeit, seinen Schicksalsgefährten hier und im Reich Mittel und Wege zu weisen, volle Befriedigung gefunden hat. Er besucht die verschiedenen Ortsgruppen im ganzen Reich, hält Versammlungen ab, sucht Ratheischende auf und er schreckt vor keinem noch so beschwerlichen Wege zurück. Auch alle anderen, die hier in der Geschäftsstelle tätig sind, haben über der Sorge um das Wohl ihrer Schicksalsgefährten das eigene Schicksal vergessen gelernt . . .

Da ist die Fürsorgerin, der die Erledigung aller schriftlichen, telephonischen und mündlichen Anfragen obliegt. Täglich kommen zwischen 8 und 15 Besucher, die etwas auf dem Herzen haben. Der eine benötigt einen Selbstfahrer oder sonst ein körperliches Behelfsmittel, der andere holt sich Rat in einer Berufsfrage, dort gilt es wieder eine Unstimmigkeit juristischer Natur auszugleichen und so fort. Täglich so und so oft spielt sich hier ein Kapitel unerbittlichen Schicksals, leidvollsten Menschentums ab. Eben hat die Fürsorgerin einen besonders traurigen Fall zur Bearbeitung: Es handelt sich um eine reisende Künstlergesellschaft, die auf den Jahrmärkten ihre Vorstellungen gibt. Der Vater ist ein alter Mann von über sechzig Jahren, seine beiden Kinder sind körperlich schwerbeschädigt — sie leiden an Muskelschwund — und bedürfen dringendst der Fürsorge. Nachdem die Leute keinen festen Wohnsitz haben, werden sie in jedem Ort, deren Wohlfahrtspflege sie um Hilfe bitten, mit ihrem Anliegen abgewiesen mit der Begründung der Nichtzuständigkeit. Der alte Mann will sich vor Verzweiflung das Leben nehmen, die beiden schwerkranken Mädchen wissen nicht aus, noch ein. Dies ist nur ein einziger Fall, herausgegriffen aus der Fülle der vielen, allzu vielen. Dann ist da noch eine Buchhalterei, wo drei Buchhalter die verwaltungstechnischen Arbeiten leisten, und ein Schreibmaschinenzimmer zur Erledigung der schriftlichen Arbeiten; auch die Schreibmaschinen werden von Körperbehinderten bedient und zur Vereinfachung für eine Angestellte, die bloß eine Hand mit vier Fingern hat, wurde von einem anderen Beschädigten eine ebenso einfache wie praktische Erleichterung der Schreibweise durch automatische Bewegung des Umschalletasters durch ein als Pedal verwendetes Stückchen Holz konstruiert. In der Weißnähwerkstätte werden Frauen und Mädchen im Maschinennähen und Handstricken unterwiesen und nach beendeter Lehrzeit praktisch beschäftigt, in der Druckerei werden Drucksachen für eigenen und fremden Bedarf hergestellt. Außerdem arbeitet eine große Zahl von Heimarbeiterinnen und Arbeitern auf den verschiedensten Gebieten. Reizende kunstgewerbliche Gegenstände, wie Handarbeiten, Malereien, Einlegearbeiten, Zeichnungen usw. werden verfertigt. Häkterinnen, die mit dem Munde arbeiten, liefern zierliche Tischdekorationen, gestickte Kissenplatten werden mit den Füßen hergestellt, kunstvolle Intarsienarbeiten, mit den Armstümpfen gearbeitet, Malereien mit den Füßen vollführt, usw. Mühevollst verfertigte Kunstwerke, denen zäher Fleiß und bewunderungswürdige Energie ganz besonderen Wert verleiht.

Durch möglichst vielseitige Ausgestaltung der Lehrlingswerkstätten soll das Arbeitsgebiet und die Arbeitsverwendungsmöglichkeit all dieser Menschen erweitert und vor allem individualisiert werden, um den Ausgleich der Gemeinsamkeit mit den gesunden Mitmenschen zu schaffen, durch Aufnahme in ihre Reihen. C. K.

Fabrikbrand im Norden.

Schwierige Löscharbeiten.

Gestern nachmittag war die Feuerwehr mit einem starken Aufgebot von Löschzügen in der Gerichtstraße 23, im Norden Berlins, mit der Bekämpfung eines gefährlichen Fabrikbrandes stundenlang beschäftigt.

Auf dem Grundstück Gerichtstraße 23, dem sogenannten „Industriehof", sind mehrere vierstöckige Fabrikgebäude, in denen Firmen verschiedener Branchen ihre Werkstätten haben. In der vierten Etage des Quergebäudes befindet sich die Metallwarenfabrik von Jastrow, die sich u. a. mit der Fabrikation von Elektronplatten befaßt. Aus bisher noch ungeklärter Ursache brach hier in einem Lagerraum kurz nach 15 Uhr plötzlich Feuer aus, das sich mit großer Schnelligkeit ausbreitete. Auf den „Großfeueralarm" rückten sechs Löschzüge aus. Beim Eintreffen der Wehren stand ein Teil des vierten Stockwerks des Quergebäudes und des Seitenflügels in Flammen. Das Feuer fand an Elektronplatten, Holzgestellen, Packmaterialien usw. reiche Nahrung. Durch starkes Wassergeben aus mehreren Schlauchleitungen stärksten Kalibers gelang es unter großen Schwierigkeiten, nach ziemlich zweistündiger Tätigkeit den Brandherd zu lokalisieren. Der Brand der Elektronplatten mußte durch Aufwerfen von Sand erstickt werden.

Die Aufräumungsarbeiten dauerten bis gegen 19 Uhr. Der Schaden ist sehr hoch und nur zum Teil durch Versicherung gedeckt.

Morgen „Ila"-Eröffnung!

Die „Ila" Berlin 1928, Internationale Luftfahrt-Ausstellung, die vom 7. bis 28. Oktober d. J. auf dem gesamten Ausstellungsgelände am Kaiserdamm stattfindet, wird morgen, Sonntag vormittag, 10 Uhr, in Gegenwart eines großen Kreises von Ehrengästen aus allen Teilen des öffentlichen Lebens nach einer Begrüßung des Herrn Oberbürgermeisters Böß durch eine Ansprache des Herrn Reichsverkehrsministers von Guérard dem Verkehr übergeben. Während der Eröffnungsfeier, die ab 10 Uhr auf alle deutschen Rundfunksender übertragen wird, wird ein größeres Flugzeuggeschwader der Deutschen Verkehrsfliegerschule über dem Ausstellungsgelände kreuzen.

Die Ausstellung steht bereits am Sonntag, völlig fertiggestellt, bis abends 10 Uhr dem Publikum zur Besichtigung offen; auch die Original-„Bremen", das erste deutsche Flugzeug, das den Ozean von Ost nach West überquerte, ist bereits zu besichtigen.

Der Zeppelin-Amerikaflug.

Fahrtbereit ab Mitte nächster Woche.

Der erste Führer des Luftschiffes, Kapitän Lehmann, erklärte, man sei zurzeit damit beschäftigt, die Verbesserungsarbeiten in den Mannschaftsschlafräumen des Luftschiffes durchzuführen. Wenn diese Arbeiten sowie das Straffziehen der Hülle des Luftschiffes beendet und andere kleine Verbesserungsarbeiten vorgenommen sein würden, werde mit dem Füllen des Luftschiffes begonnen werden, das wohl am Dienstag abend beendet sein dürfte, so daß **bis Mittwoch das Schiff fahrbereit wäre.** Nach Abschluß der kleineren Verbesserungsarbeiten werde aller Wahrscheinlichkeit nach am Donnerstag nochmals eine mehrstündige Werkstättenfahrt stattfinden, die sich aber nur auf die Umgebung von Friedrichshafen und den Bodensee erstrecken dürfte. Ueber die gegenwärtige Wetterlage erklärte Kapitän Lehmann, daß in den nächsten Tagen **äußerst günstiges Wetter zu erwarten** sei. Das gegenwärtig über dem Ozean liegende Tief habe sich weiter nach Osten verschoben und dürfte heute schon über dem Kanal sein.

Die Annahme von Karten und Briefen für die Ueberfahrt nach Amerika, für deren Einsendung als letzter Termin bisher der 8. Oktober vorgesehen war, ist nunmehr bis zum letzten Augenblick verschoben worden. Es können also noch bis zum Mittwoch, dem 10. Oktober, Karten und Briefe aufgegeben werden.

New York, 5. Oktober.

Die bevorstehende Amerikafahrt des „Graf Zeppelin" erregt hier das größte Interesse. Die Blätter berichten ausführlich über die Fahrtvorbereitungen. Aus Lakehurst wird gemeldet, daß die von der Marineluftstation für den Zeppelin getroffenen Empfangsvorbereitungen beendigt sind. Es sind Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffen, da gewaltige Massen Schaulustiger erwartet werden. Die Marinestation Philadelphia hält zur Hilfeleistung bei der Landung mehrere hundert Matrosen in Bereitschaft. Es sind auch Vorbereitungen für die schnelle Verteilung der Post des Luftschiffes und für die Unterbringung seiner Besatzung in die Wege geleitet. Marinebeamte aus Washington werden Dr. Eckener in Lakehurst offiziell begrüßen.

Spur der vermißten Siebzehnjährigen.

Von der vermißten 17 Jahre alten Margot Liebenow ist bereits eine Spur gefunden, die wohl binnen kurzer Zeit zur weiteren Aufklärung führen wird. Die Eltern des Mädchens erhielten von dessen Hand gestern eine in Berlin aufgegebene Postkarte, auf der es mitteilt, daß es morgens um 8 Uhr nach Köln am Rhein abfahre. Dort wohnt eine Dame, die die Familie im Riesengebirge kennengelernt und die Margot eingeladen hat, sie in Köln einmal zu besuchen. Diese Einladung ist der Familie bekannt. Die Tochter hat aber zu Hause nichts davon gesagt, daß sie ihr zu folgen beabsichtige. Daß das Mädchen eine Fahrkarte zum D-Zug gelöst hat, ist festgestellt worden.

Das Schraubenflugzeug in Köln.

Köln, 5. Oktober.

Das Schraubenflugzeug des spanischen Fliegers La Cierva, das vor kurzem den Kanal überflog, ist heute nachmittag 17,20 Uhr auf dem Flugplatz in Köln glatt gelandet. Zum Empfang des Fliegers waren auch Oberbürgermeister Dr. Adenauer sowie der spanische Konsul auf dem Flugplatz erschienen.

Der Fall Larcier.

15] **Von Tristan Bernard.**

(Einzig berechtigte Uebersetzung von A. Collin.)

Ich war von dem ersten Eindruck, den Herr Galoin auf mich machte, sehr befriedigt.

Es war ein brünetter fünfunddreißigjähriger Mann, der einen langen Bart hatte und das Haar zurückgebürstet trug.

Ich lasse mich in meinen Eindrücken bei Beurteilung von Männern durch den Schnitt ihres Bartes und ihres Haares beeinflussen. Ich finde darin analoge Anzeichen, wie die Graphologie sie liefert, mit dem Unterschied, daß meine Beobachtungen sozusagen unbewußt sind. Instinktiv habe ich Mißtrauen gegen Männer, deren Frisur zu gepflegt, deren Scheitel zu genau gezogen ist. Es scheint mir, daß sie kein anderes Interesse als diese ein wenig kindische Beschäftigung haben.

So ziehe ich einen nicht gestutzten Bart, ein rasiertes Gesicht jener gesuchten Mode des Spitzbartes und des Backenbartes vor.

12.

Das saubere und wohlgepflegte Gesicht Herrn Galoins hatte nichts Anmaßendes.

Als er mich sah, sagte er ganz einfach: „Ich bin der Inspektor beim Sicherheitsdienst, ich hörte, Sie wollten mich sprechen."

Er zog nicht wichtig ein Notizbuch aus der Tasche, um sich Anmerkungen zu machen, sondern bat nur, ihm alles zu erzählen, was ich von dem Touler Verbrechen und von Marteau wußte.

Von Zeit zu Zeit schüttelte er den Kopf, nicht mit der Würde eines Papstes, sondern mit der Befriedigung eines Mannes, der eine für seine Untersuchung wichtige Einzelheit vermerkt.

Ich glaube, daß er seinen Beruf liebte, und es schien etwas ganz Selbstverständliches, daß er mit Leib und Seele dabei war. Er fragte mich, ob ich die Absicht hätte, nach London zu gehen, und sagte mir, daß er es nicht für nötig erachtete, und ich mir diese Unbequemlichkeit ersparen könnte.

Aber als er merkte, daß mir an dieser Reise viel lag, meinte er: „Schließlich ist es mir ebenso recht, wenn Sie mitkommen. Ich konnte noch nicht alle Fragen an Sie richten, die Sie mir vielleicht beantworten könnten. Deshalb wird es mir sehr angenehm sein, Sie bei der Hand zu haben, damit ich, wenn es nötig ist, weitere Einzelheiten über Larcier und alles, was seinen Fall betrifft, von Ihnen erfahren kann. Man denkt nicht gleich an alles, was man wissen muß. Es fällt einem erst nach und nach ein."

Herr Galoin gab mir diese Antwort nicht, um sein System besonders zu preisen. Er sagte es aus Höflichkeit, um nicht als verschlossen und geheimnisvoll zu gelten und um zu zeigen, wie seine Arbeitsmethode war. Nachher bemerkte ich aber doch, daß er nicht alles sagte, sondern eine Menge Vermutungen verschwieg. Er hat mir dann später erklärt, weshalb er sich nicht immer über seine Mutmaßungen äußerte: nämlich weil er fürchtete, daß die Mißbilligung oder die Ungläubigkeit seines Zuhörers ihn irreführen könnte.

„Man spricht Dinge vor jemand aus," sagte er, „man hat eine Idee, und die Person, der man sie anvertraut, scheint nicht derselben Ansicht zu sein. Man fragt sich dann nicht, hat diese Person auch überlegt, bevor sie ihre Mißbilligung ausdrückte, sondern man wird unwillkürlich durch ihre Haltung beeinflußt, und gibt dadurch zuweilen sogar seine Idee auf. Das ist natürlich nicht richtig."

Ich fragte Herrn Galoin, wann wir nach London fahren würden, aber es war ihm unmöglich, vor dem übernächsten Tage um vier Uhr abzureisen.

War es nicht sehr unklug, Marteau einen zu großen Vorsprung zu geben? Herr Galoin antwortete mir, daß er sich darüber keine Sorgen machte. Diese Sicherheit flößte mir um so mehr Vertrauen ein, als er sonst die Dinge nicht so bestimmt auszusprechen pflegte.

So trafen wir uns denn am übernächsten Tage um vier Uhr im Zug nach Boulogne.

Blanche und ich freuten uns sehr, mit einem Detektiv reisen zu können. Mit jener reizenden Indiskretion der Frauen, die man so leicht entschuldigt, stellte sie ihm Fragen über sein Leben.

Herr Galoin erzählte ganz offen, daß er Verwalter in einem Gymnasiumsinternat gewesen sei und dort Unannehmlichkeiten gehabt hatte . . . Er konnte eine Summe, die er der Kasse entnommen, nicht zurzeit zurückerstatten. Bekannte hatten die Angelegenheit zu ordnen. Er hatte seine Stellung als Verwalter verloren, aber denselben Freunden verdankte er, daß er zuweilen beim Sicherheitsdienst gegen Bezahlung arbeiten konnte.

Vier Jahre übte er diesen neuen Beruf aus, in dem er schon einige sehr wichtige Dienste geleistet hatte. Eine Fälscherbande war von ihm entdeckt worden, und in der sehr verwirrten Buchführung einer großen Firma hatte er Klarheit geschaffen.

Ich fragte ihn, ob es beim Sicherheitsdienst wirklich außergewöhnliche Detektivs gäbe.

Er erwiderte mir, daß sich intelligente Leute darunter befänden, die ein wenig zu sehr von sich eingenommen wären und zweifellos nicht alle die scharfsinnigen Eigenschaften besäßen, die sie zu haben glaubten. Aber trotzdem hatten sie eine hervorragende Fähigkeit, die Leute zum „Sprechen" zu bringen.

„Anfangs fehlte mir diese Gabe in meinem neuen Beruf," sagte Herr Galoin. „Ich wagte nicht, mit Leuten zu reden, ich fürchtete immer, indiskret zu sein, wenn ich sie ausfragte . . . Dann habe ich mich daran gewöhnt. Schließlich habe ich mir jetzt angeeignet, die Fragen so zu stellen, daß die Leute, die ich ausfrage, mir gern Antwort geben. Das lernt man durch die Gewohnheit."

Blanche drückte ihre Verwunderung aus, daß er einen Vollbart trug. Wie sie meinte, ließe sich dadurch weniger leicht eine Veränderung im Aussehen vornehmen.

„Dazu habe ich bisher selten Gelegenheit gehabt," erwiderte Herr Galoin. „Bis jetzt hatte ich noch keine Aufträge, die mich zwangen, meine Eigenschaft als Kriminalbeamter zu verbergen, ich verstehe es auch nicht, mich zu verkleiden, und man würde es mir bald anmerken. Ich habe immer einen Bart getragen. Mein Gesicht fällt weiter nicht auf, ich möchte sogar sagen, es ist banal, wenigstens glaube ich kein Spitzelgesicht zu haben."

Wir drei waren allein in unserem Abteil. Der Zug fuhr mit großer Schnelligkeit den Abhang von Chantilly herunter. Herr Galoin hatte seinen steifen Hut abgenommen und mit einer Mütze vertauscht. Um seine Zeitung zu lesen, hatte er sich in eine Ecke gesetzt. Blanche und ich sahen von unseren Plätzen aus den Beamten neugierig an.

Blanche fragte ihn gerade: „Sind Sie verheiratet, Herr Galoin?"

Er legte die Zeitung beiseite, lächelte ein wenig über die Indiskretion meiner Freundin und sagte dann: „Nein, gnädige Frau."

Blanche fühlte sehr gut die Bedeutung dieses Lächelns und errötete; aber sie tat, als ob sie es nicht merkte.

(Fortsetzung folgt.)

Ein kleiner Michael Kohlhaas.

Er will sein Recht!

Der Streit geht nicht, wie in der bekannten Kleistschen Novelle, um eine Koppel Pferde, die ein feudaler Junker widerrechtlich zurückbehält. Herr Louis Gutmann — unser moderner Michael Kohlhaas — hat einen ganz anderen Feind — seine verflossene Schwiegermutter, und der erbitterte Kampf geht um eine Wohnung.

Im Jahre 1923 wurde Gutmanns Frau, von der er inzwischen geschieden ist, durch Heiratsgabe Mitinhaberin der mütterlichen Wohnung. Die Geschäfte ihres Mannes glückten nicht. Streit mit der Schwiegermutter, die Ehe geht in die Brüche und die Schwiegermutter verlangt, daß Gutmann die Wohnung verlasse. Er weigert sich und bleibt als „möblierter Herr“. Räumungsklage. Die Frau verzichtet auf ihr Besitzrecht an der Wohnung zugunsten ihrer Mutter. Es ergeht Räumungsurteil. Gutmann erwirkt Einstellung der Räumung, der Anwalt der Schwiegermutter läßt den Einstellungsbeschluß aufheben und dieser neue Beschluß wird dem Schwiegersohn zugestellt. Aber die Zustellung erreicht ihn nicht. Sie wird von der Hausangestellten der Prozeßgegnerin (Schwiegermutter) in Empfang genommen und geht am nächsten Tag an das Gericht zurück.

Der Gerichtsvollzieher kommt — eine halbe Stunde vor Zustellung des Beschlusses —, und Gutmann wird zwangsweise exmittiert. Er behauptet, das sei rechtswidrig geschehen, weil ihm die Aufhebung des Einstellungsbeschlusses nicht zugestellt worden sei. Darum geht nun der ganze Streit. Gutmann versucht mit Gewalt in die Wohnung einzudringen. Vergeblich. Er irrt nächtelang obdachlos herum, ist, wie er sagt, durch den Verlust der Wohnung wirtschaftlich ruiniert und wird nur noch von dem einen Gedanken beherrscht: Mein Recht will ich mir erkämpfen! Er geht mit seinen Beschwerden und Schadenersatzforderungen zum aufsichtsführenden Richter am Amtsgericht Mitte, schreibt Schriftsätze, von denen der Gerichtsvorsitzende in Moabit sagt, ein Rechtsanwalt hätte sie nicht besser machen können, geht zum Kammergericht, ans preußische Justizministerium und kommt wieder und immer wieder, ohne etwas zu erreichen. Er wird belehrt, daß alles rechtmäßig zugegangen sei, bleibt aber bei seiner Meinung: Mir ist schweres Unrecht geschehen! Schließlich wendet er sich an den Rechtsausschuß des Landtags, und am gleichen Tage heftet er im Amtsgericht und in der Wohnung des Gerichtsvollziehers ein Plakat an, das gegen den Gerichtsvollzieher den Vorwurf des Hausfriedensbruchs, der Nötigung und des Einbruchsdiebstahls erhebt. So bezeichnet er die Zwangsvollstreckung, die bei ihm vorgenommen worden war. Und die Justizverwaltung klagt er an, sie habe die verbrecherischen Handlungen des Gerichtsvollziehers gedeckt. Mit diesem Plakat wollte Gutmann ein Disziplinarverfahren oder einen Prozeß gegen den Gerichtsvollzieher erzwingen, weil alle seine anderen Schritte erfolglos waren.

Den Prozeß bekam er dann auch, aber einen Beleidigungsprozeß, in dem er der Angeklagte ist. Er hat keinen Anwalt, verteidigt sich selbst. Mit der Energie des Fanatikers hat er sich in schwierige juristische Fragen hineingearbeitet. Richter und Ministerialbeamte treten als Zeugen und Sachverständige auf. Ueber die Frage, ob die Exmittierung trotz der nicht erfolgten Zustellung rechtmäßig war, entspinnen sich interessante Debatten. Aber der kleine Michael Kohlhaas bleibt selbst vor den wohlwollenden Richtern, die er gefunden, in den Drähten der Justizmaschinerie hängen. Auf 300 M. Geldstrafe oder 30 Tage Gefängnis wegen öffentlicher Verleumdung von Beamten lautet das Urteil. Der Verurteilte gibt sich nicht zufrieden. Er legt Berufung ein. Bis zur letzten Instanz will er sein Recht verfechten, ... wie Michael Kohlhaas.

Parteiprogramm und Regierung.

Vor einer stark besuchten Kreismitglieder-Versammlung des 20. Kreises (Reinickendorf) sprach Gen. E. Heilmann, M. d. L., über Parteiprogramm und Regierungsbildung. Unser Gedanke der völligen Abrüstung bestehe leider nur bei der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, nicht bei den kapitalistischen Regierungen. Nur die Republikanisierung der Reichswehr komme in Frage. Eine völlige Abschaffung fände, wie auch der Volksentscheid der Kommunisten keinen Widerhall bei der Mehrheit des Volkes. In 6 Jahren rein bürgerlicher Regierungen im Reiche sei auch kaum ein Republikaner mehr in der Marine geblieben. Auch sei ein riesiges Aufräumen im Innenministerium durch Severing notwendig. Damit werde der Ausspruch Karl Liebknechts zur Wahrheit, daß die Verwaltung mächtiger als das Parlament sei, was an vielen Beispielen, auch bei Neueinstellung in die Schupo bewiesen wurde. Republikaner werden durch Polizeiärzte für untauglich befunden. Starke Regierungen seien nötig, um den Gesetzen, wie Auflösung der Gutsbezirke, auch die entsprechende Durchführung zu sichern, da zu verhindern sei, daß der Gutsherr nicht den bisherigen Druck weiter als Gemeindevorsteher ausübe. Die Partei müsse darüber wachen, daß das Vertrauen der Wählermassen erhalten bleibt und Worte und Taten mehr in Einklang zu bringen sind. Die Bewilligung des Panzerkreuzers bezeichnete der Redner als einen unbegreiflichen Fehler, wie selbst Genossen aus der Reichsregierung erklärten. Die Fraktion und auch der Reichsfinanzminister sind einmütig in der Ablehnung jedes Pfennigs. Auf Preußen übergehend ist er der Auffassung, daß bei einem Eintritt der Volkspartei in die Regierung die Fortsetzung der seit 1921 betriebenen Politik unbedingt Voraussetzung sei. In der lebhaften Diskussion forderte Gen. Koch Lösung der Arbeitsgerichte von der preußischen Justiz. Von den Gen. Ledel, Geursch, Strume wurde dem Redner in der Schwierigkeit der Verwaltungsarbeit zugestimmt, jedoch auch in der Konkordats- und Reichswehrfrage lebhafte Bedenken seitens der Gen. Schulz, Bützog und weiterer Diskussionsredner vorgetragen. Im Schlußwort machte Gen. Heilmann darauf aufmerksam, daß bereits durch den alten Staat seit 1831 ein Konkordat mit der katholischen Kirche bestehe, und daß die Republik unbedingt für Aenderung sorgen müsse. Preußens Koalition muß zur Schaffung des Bollwerks der Republik weiter benutzt werden. Die Partei ist entschlossen zur Verteidigung der Republik, wozu der fortwährende tägliche Kampf auf allen Gebieten in geschlossenen Reihen zum Erfolg führen wird. Der Referent erntete stürmischen Beifall. Für den nach über 25jähriger Funktionärtätigkeit infolge Krankheit ausscheidenden Gen. Albert Uckert wurde Gen. Max Martin zum Schriftführer gewählt.

Kommunistische Mätzchen.

Einem Zahlabend der 31. Abteilung war vom 4. Bezirk der Kommunistischen Partei ein Brief zugestellt worden, der mit „Werte Genossen“ begann und von einem angeblich in Büttners Festsälen gemeinsam von Kommunisten und Sozialdemokraten gefaßten Beschluß sprach, nach dem sich auch die Sozialdemokraten an dem Volksbegehren der Kommunistischen Partei beteiligen sollten. Der Zahlabend wurde aufgefordert, einen gleichen Beschluß zu fassen. Gleichzeitig hatten sich drei junge Kommunisten eingeschmuggelt, um den Erfolg ihres Anbiederungsversuches zu beobachten. Der Leiter des Zahlabends machte nicht von seinem Recht Gebrauch, sie hinauszuweisen, sondern beobachtete mit stiller Schadenfreude, welche Enttäuschung sich auf ihren Gesichtern zeigte, als nach Verlesung des Briefes niemand mehr davon Notiz nahm. Bald nahmen die drei ihre Mützen und verschwanden. Am Schluß des Zahlabends wurde ein Antrag formuliert und angenommen, der eine Beteiligung an dem Volksbegehren ablehnt und Anbiederungen der Kommunisten durch Briefe usw. als Belästigungen zurückweist. Freude machte es, feststellen zu können, daß über die brennendste Tagesfrage wohl kräftig diskutiert wurde, daß aber jede persönliche Schärfe oder gar Gehässigkeit unterblieb.

Leben und leben lassen.

Der Kreis um Bergmann.

Im weiteren Verlauf des Bergmann-Prozesses warf der Angeklagte Ohnstein seinen Mitangeklagten, dem Ehepaar Wustrow vor, daß sie große Unterschleife, die er auf 60 000 bis 80 000 M. bezifferte, begangen hätten. Die Wustrows hätten von Bergmann Vollmacht für das Privatkonto gehabt. Der Angeklagte Bergmann erklärte, daß er diese Angaben nicht glauben könne; wenn es aber geschehen sein sollte, dann könnte es nur möglich gewesen sein, weil er den Wustrows Blankovollmacht für sein Konto gegeben habe.

Der Büchersachverständige Brandt stellte fest, daß vom 1. Januar 1926 bis zu dem Tage des Zusammenbruchs, am 27. Januar d. J. über das Privatkonto Bergmanns 400 000 M. gegangen sind und daß von 178 000 M. jeder Nachweis fehlt, wofür das Geld verwandt worden ist. (Bewegung.) Angekl. Ohnstein: Wustrow hat es mir gestanden, in einer schwachen Stunde und in animierter Stimmung. Vors.: Beides paßt wenig zusammen. (Heiterkeit.) Angekl. Ohnstein: Er hat mir gesagt, daß er und seine Frau das Geld einfach aus der Kasse entnehmen, und daß sie die Fehlbeträge durch fingierte Postscheckeintragungen für Zinszahlungen verschleierten. Die Eheleute Wustrow bestritten diese Behauptung Ohnsteins ganz entschieden. Weiterhin sagte Ohnstein noch aus, daß er im Januar d. J. Rechtsanwalt Jolenberg angerufen habe, um ihn um Rat zu fragen, was er machen solle. Es sei keine Ware mehr vorhanden. Es gingen jedoch dauernd noch Gelder ein, für die keine Warendeckung gegeben werden könne. Rechtsanwalt Jolenberg habe ihm geantwortet, er solle sich keine Sorge machen, „es gehe alles in Ordnung“. (Rechtsanwalt Jolenberg war nicht mehr im Saale anwesend.) Auch den Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jacoby habe er einmal diese Sache vorgetragen. Dr. Jacoby war eines Tages zu Bergmann gekommen und machte ihm den Vorschlag, die Unterschriften auf den Lombardscheinen notariell beglaubigen zu lassen. Die Namensbeglaubigung genüge dann, und es seien Adressen auf den Lagerscheinen nicht mehr nötig. Der Angeklagte Dr. Jacoby erklärte dazu, daß er sich bei seiner verantwortlichen Vernehmung zu allen diesen Punkten im Zusammenhang ausführlich äußern werde. Inzwischen war der am Vormittag geladene Zeuge, der angeblich ein früherer Angestellter Bergmanns gewesen sein soll, erschienen. Es handelt sich um einen 67jährigen Kaufmann Eduard B. Dieser war aber nie bei Bergmann angestellt, sondern betrieb im Jahre 1915 ein Inkassogeschäft und stand mit Bergmann in Verbindung. Er hatte für einen Kunden damals bei Bergmann 50 000 M. gegen 30 Proz. Jahreszinsen angelegt und für sich 5 Proz. Provision erhalten. Nachher hatte er mit seinem Geldgeber Differenzen und dieser verlangte die Zurückgabe der eingelegten Gelder. Der Zeuge holte sich bei dem Rechtsanwalt Ostenberg, der ihm von Bergmann empfohlen worden war, Rat. Ostenberg sagte ihm wörtlich: „Seien Sie zufrieden, daß Sie mit Bergmann auseinander sind, denn er hat die Lagerscheine doppelt verpfändet.“ Oberstaatsanwalt Binder und der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Dr. Wartenberger, waren sehr erstaunt, von dem Zeugen zu hören, daß Rechtsanwalt Ostenberg noch lebe, denn nach der Darstellung Bergmanns in der Voruntersuchung hatte man angenommen, daß er längst tot sei. Der Angeklagte Bergmann bestritt, daß er Ostenberg für tot erklärt habe. Dieser sei aber so gut wie erblindet und deshalb als sein Vertreter nicht mehr in Frage gekommen.

Das Gericht beschloß, Rechtsanwalt Ostenberg zum Montag als Zeugen zu laden. Der Zeuge B. erwähnte dann auch noch, daß ein Rechtsanwalt Ber ihm dasselbe erklärt habe. Vors.: Wie schreibt sich dieser Rechtsanwalt? Zeuge: Wie halb Berlin. (???) B—e—r. (Große Heiterkeit.) Auch Rechtsanwalt Ber wird geladen werden. Die Verhandlung wurde schließlich auf Montag früh vertagt.

Leichentransport ohne Sarg.

Würdelose Ueberführung des ermordeten Gefreiten.

Am Mittwoch mittag gegen 12 Uhr wurde die von der Potsdamer Staatsanwaltschaft beschlagnahmte Leiche des ermordeten Stabsgefreiten Hermann Gelfert aus der Halle der Militärschwimmanstalt in Nedlitz in die Friedhofshalle nach Potsdam gebracht, um obduziert zu werden. Den Transport hatte ein Landwirt aus der Nähe von Nedlitz übernehmen müssen. Man mutete ihm zu, die stark mit Blut besudelte Leiche ohne Sarg auf seinem Bauernkastenwagen mitzunehmen. Der Bauer weigerte sich, aber schließlich wurde es ihm von Amts wegen befohlen. Man packte den toten Soldaten in einen Plan und legte ihn auf den Bauernwagen. Der Leichendiener des Friedhofes in Potsdam war sehr erstaunt, daß man ihm eine solche Leichenabnahme zumute. Auf dem Friedhof waren andere Leidtragende, die dieser ...haurigen Leichenbeförderung mit Grauen zusahen. Nicht genug damit, verlangte der Bauer jetzt den Plan zurück. Der Leichendiener verweigerte ihm das, mit dem Einwand, daß er den Toten doch unmöglich in diesen Zustand auf dem Obduktionstisch liegen lassen könne.

Ist diese Form der Leichenbeförderung an und für sich schon außerordentlich befremdend, so bestand auch die große Gefahr, daß ein wichtiges Indiz bei solchem Transport verloren gehen konnte. Wenn eine amtliche Stelle die Macht hat, einem Bauer zu befehlen, den Toten zu transportieren, dann hätte sie sicherlich auch die Macht gehabt, für eine würdigere Ueberführung des Ermordeten zu sorgen.

„Nie wieder Krieg!“

Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit hat unter dem angeführten Titel in der von ihm herausgegebenen Schriftenreihe „Arbeiter-Bildung“ eine vom Genossen Christian Döring bearbeitete Schrift herausgegeben, die eine Materialzusammenstellung über die Wirkungen und Schäden des Krieges bringt. Angefügt ist eine Anzahl sorgfältig ausgewählter Gedichte, die für Antikriegsfeiern gut verwendet werden können. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir u. a. hervor: „Weltwirtschaft und Weltpolitik vor dem Kriege“, „Die Weltwirtschaft im Kriege“, „Die soziale Bilanz des Krieges“. Besonders wertvoll dürften die in der Schrift enthaltenen statistischen Angaben sein, die übersichtlich zusammengefaßt sind und allen Interessenten, namentlich auch den Referenten, gute Dienste leisten werden. Das Heft ist gegen Einsendung von 30 Pf. einschl. Porto durch den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu beziehen.

Funkwinkel.

Einen Zyklus, der an Grundfragen unserer Lebens- und Kulturentwicklung rührt, begann Staatssekretär Prof. Dr. Julius Hirsch unter dem Titel „Neue Entwicklungstendenzen in Wirtschaft und Geschäft. Er ging bei seinen Betrachtungen davon aus, daß das rasche Anwachsen der Menschheit die Geschichte der vergangenen Jahrhunderte bestimmt habe; denn der Kampf um das zu knappe Brot führte unausbleiblich zum Kampf um Macht, um Bodenbesitz. Heute hat sich das Verhältnis zwischen Mensch und Brot bereits verschoben. Die Chemie hat dagegen Mittel geschaffen, mit deren Hilfe dem Boden vielfache Erträge gegen früher abgewonnen werden können. Kämpfe um Raum werden in absehbarer Zeit völlig sinnlos sein. In diesem Augenblick würde die Menschheit wirklich am Anfang einer neuen Kulturepoche stehen. Dr. Ernst Cohn-Wiener beendete seine Vortragsreihe „Das Kunsthandwerk“ mit Betrachtungen über das Verhältnis zwischen Mensch, Wohnung und Gerät. Die nächsten Umgebungen des Menschen — jede Einzelheit in ihr — wird natürlich immer Ausdruck der Zeit sein, in der der Mensch lebt. Die höchste Blüte des Kunsthandwerks konnte sich dann entwickeln, wenn die Zeiten am unsozialsten waren, wenn eine Oberschicht lebte, die an den Gebrauchsgegenständen überflüssigen, ja, für den wirklichen „Gebrauch“ oft störenden Schmuck bezahlen konnte. Es ist eigentlich falsch, wenn wir in unserer ganz auf das zweckmäßige eingestellte Gegenwart von neuzeitlichem „Kunsthandwerk“ reden. Was heute an handwerklicher Technik geleistet wird, entspricht kaum den Lehrlingsarbeiten aus den Blütezeiten des Kunsthandwerks. Nicht der Schmuck der Gebrauchsgegenstände, sondern ihre richtige, das heißt zweckentsprechende Form erscheint uns heute schön. Man müßte daher an Stelle des überlebten Wortes „Kunsthandwerk“ einen neuen Ausdruck finden. Die „Abendunterhaltung“ war diesmal mißglückt. Sie wirkte wie eine schlechtgelungene Improvisation. Man zog Zusammenhänge an den Haaren herbei, und dann sagte jeder der Mitwirkenden das her, was er gerade vorrätig hatte. Schubert-Kompositionen, Violine und Klavier, von Georg Kniestädt und Karl Rockstroh gespielt, und Loewe-Balladen von Theodor Scheidl gesungen, entschädigten die Hörer etwas.

Tes.

Der tägliche Eisenbahnunfall.

Kassel, 5. Oktober.

Die Reichsbahndirektion Kassel teilt mit:

Heute früh gegen 4.30 Uhr wurde der D-Zug 189 Köln—Leipzig vor dem Einfahrtssignal des Bahnhofs Guntershausen aus betrieblichen Gründen zum Halten gebracht. Bei der Weiterfahrt riß der Zug auseinander und mußte in zwei Teilen in den Bahnhof Guntershausen hereingebracht werden. Die Weiterfahrt des Zuges erfolgte mit einer Verspätung von nahezu 2½ Stunden. Personen sind bei der Zugtrennung nicht zu Schaden gekommen.

Ein blühender Kastanienbaum.

Wer mit offenen Augen die Potsdamer Brücke passiert, dem bietet sich, nur wenige Meter abseits von dem Haus Königin-Augusta-Straße 18, ein überraschender Anblick. Mitten unter entlaubten Bäumen steht da ein Kastanienbaum mit lustig grünen neuen Blättern und steckt seine blühenden weißen Kerzen keck in die herbstliche kühle Luft. Es blüht und grünt aber nicht der ganze Baum: nur die dem Landwehrkanal zugeneigte Seite zeigt das neue Leben. Auch im vergangenen Jahr hat der Baum nochmals im Oktober geblüht und zwar damals in allen seinen Teilen.

Studentenzimmer. Parteigenossen, die vom 15. Oktober oder 1. November an Zimmer an studierende Genossen vermieten wollen, mögen ihr Angebot an den Sozialistischen Hochschulausschuß (Anschrift Rudolf Rauck, im „Bund“, Albrechtstraße 11) richten. Es wird um Mitteilung über genauen Preis für Miete, Morgenkaffee und ob Genosse oder Genossin als Mieter gewünscht wird gebeten.

Arbeiter-Handball.

Wien-Ottakring gegen FTGB.

Heute um 16 Uhr spielt der neue Bundesmeister im Arbeiter-Handball Wien-Ottakring gegen die Freie Turnerschaft Groß-Berlin, Bez. Wedding. Auf einem der schönsten Sportplätze im Humboldthain haben die Berliner Gelegenheit, diesem ausgezeichneten, vielversprechenden Treffen beizuwohnen!

Sport.

Rennen zu Hoppegarten am Freitag, dem 5. Oktober.

1. Rennen. 1. Römerlien II (Schmidt), 2. Fürst Emmo (Grabsch), 3. Diss (O. Schmidt). Toto: 24 : 10. Platz: 14, 18 : 10. Ferner liefen: Blaugeld, Goldalma, Morgenrot.

2. Rennen. 1. Botschafter (Hahnes), 2. Orth (Vadendorff), 3. Sergius (Narr). Toto: 42 : 10. Platz: 17, 24, 32 : 10. Ferner liefen: Dixi, Graf Roland, Stiicho, Kleist, Duellenhof, Großadmiral, Altenhof, Compiendorf, Deßscherin, Polydor, Verena, Rôme.

3. Rennen. 1. †Pantomime (Huguenin). Toto: 28 : 10. Platz: 24 : 10. 1. †Laetitia (Hahnes). Toto: 36 : 10. Platz: 28 : 10. 3. Lieferer (Sajdik). Platz: 31 : 10. Ferner liefen: Lorbeerkranz, Mutatis mutandis, Durone, Tanit, Selecta, Eldon, Fabulist, Irwin, Rohrspatz, Wien, Mignon, Cocktail.

4. Rennen. 1. Batros (O. Schmidt), 2. Tiber (Bleuler), 3. Agitator (Hahnes). Toto: 21 : 10. Drei liefen.

5. Rennen. 1. Weikert (Ranek), 2. Gero (O. Schmidt), 3. Atlantis (Huguenin). Toto: 37 : 10. Platz: 24, 12 : 10. Ferner liefen: Piemont, Meisterpaßer.

6. Rennen. 1. Immerhin (Schmidt), 2. Mossuf (Narr), 3. Boris (Vadendorff). Toto: 32 : 10. Platz: 18, 16, 20 : 10. Ferner liefen: Simba, Royaliste, Alife, Korjana, Heideland, Schlagbaum, Mein Julius, Drui, Rattland, Ambermworte, Wacht am Rhein, Era.

7. Rennen. 1. Evanabilb (Hahnes), 2. Katastrophal (Wenzel), 3. Lederstrumpf (Bilek). Toto: 84 : 10. Platz: 23, 85, 44 : 10. Ferner liefen: Mauß, Veleda, Ping Pong, Legende, Fritz Fromm, L'Hombre, Christinchen, Sonechilde, Erinnerung.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachdruck verboten.) Fortdauer des beständigen Herbstwetters mit nächtlichen Frösten. — **Für Deutschland:** Im Westen vielfach stärker bewölkt mit reichlichen Strichregen, im Osten noch keine wesentliche Aenderung. Temperaturen nirgends wesentlich verändert.

Den reizvoll schimmernden Glanz des Haares erhält man durch Pixavon

Sonnabend
6. Oktober 1928

Unterhaltung und Wissen

Beilage
des Vorwärts

Lillys Seitensprung.

Von Volkmar Iro.

Nicht nur bei vornehmen Leuten, auch bei vornehmen Hunden werden die Ehen nur nach reiflicher Ueberlegung geschlossen und die Auswahl des richtigen Hundegatten oder der ebenbürtigen Gemahlin ist oft ebenso schwierig wie vormals die Ehevermittlungsarbeit eines fürstlichen Obersthofmeisters. —

Auch die Familie Protzig hatte wochenlang unter den guten Hundefamilien der Stadt gesucht, bis sie endlich den richtigen Heiratskandidaten für ihre reizende, erstklassig prämiierte, eben dem Jungfrauenalter entwachsene stichelhaarige Lilly gefunden hatte.

Der Auserwählte hieß Puck, und das Stubenmädchen Else wurde von Frau Protzig diskret damit betraut, Lilly zur Hochzeit zu führen. Mit einigen Dutzend Ermahnungen, auf das Tier acht zu geben und es vor Zudringlichkeiten zu schützen, begab sich Else auf den Weg.

Doch nicht nur Lilly, auch Else war verliebt und wählte einen kleinen Umweg, um ihren Bräutigam Gustav zu sprechen, der in einer Garage arbeitete. Man hatte ihn am vorhergehenden Tage mit einem anderen Mädchen gesehen. Else war eifersüchtig und machte ihm wegen seiner Flatterhaftigkeit Vorwürfe, meinte auch einige Tränen, die Gustav zu einem Schwur ewiger Treue rührten — das Paar versöhnte sich schnell und alles wäre gut gewesen, aber Lilly war plötzlich verschwunden!

Man suchte sie im Hof und in den Schuppen, rief und pfiff — da kam sie harmlos durch den Zaun gekrochen, aber neben ihr, wedelnd und mit allen verdächtigen Zeichen zärtlicher Ergebenheit, ein pierschrötiger Köter von bester Promenadenmischung.

Das Unglück war bereits geschehen!

Gustav und Else berieten kaltblütig den Fall und taten, was auch sonst in vornehmen Familien vorzukommen pflegt — sie beschlossen, den Fehltritt Lillys sofort standesgemäß zu legitimieren! Lilly wurde an die Leine genommen, der ahnungslose Puck wurde nach einer halben Stunde vor Zeugen ihr Gatte und Familie Protzig erwartete gespannt das freudige Ereignis. —

Herr Protzig war der erste, der einige Tage nach der Geburt von drei verhältnismäßig kräftigen Jungen nachdenklich den Kopf schüttelte. Vierzehn Tage später wurde auch Frau Protzig unsicher und nur die Tochter Annemarie erklärte überlegen, daß die Kennzeichen der Rasse doch erst viel später zu sehen seien, polsterte jeden Tag eigenhändig das blauseidene Hundekörbchen mit frischer Holzwolle aus und fand die Nachkommenschaft Lillys ganz entzückend.

Man wartete weiter, die kleinen Tierchen gediehen prächtig und zeigten die Merkmale von einem halben Dutzend Rassen, aber von stichelhaarigen Terriers war keine Spur zu entdecken. Die Reinrassigkeit des unschuldigen Puck wurde jetzt in Zweifel gezogen, Else wurde ins Gebet genommen, sie berief sich energisch auf die Zeugen der Hochzeit — man stand vor einem Rätsel!

Da trat eines Tages eine überraschende Wendung in der Angelegenheit in:

Ein junger Mann erschien mit einem Korb und erklärte, er habe durch den Bräutigam des Stubenmädchens von der Sache erfahren und sei gegen eine einmalige Abfindung von fünfzig Mark bereit, die Jungen in Kost und Pflege zu nehmen und sie bei Tierfreunden unterzubringen.

Herr Protzig holte sofort die fünfzig Mark aus der Tasche, Annemarie warf einen Blick auf die kleinen Ungetüme und war dann ebenfalls einverstanden, denn für die fünfzig Mark wurde sie aller Sorgen wegen der zweifellos unehelichen Nachkommenschaft ihrer Lilly frei.

Als der junge Mann mit seinem Korb abgezogen war, atmete alles erleichtert auf und nur die verwöhnte preisgekrönte arme Lilly trauert, sucht winselnd ihre drei kleinen häßlichen Bastarde in allen Winkeln und ahnt in ihrer Hundeeinfalt nicht, daß sie ihren Seitensprung ganz wie ein junges, unerfahrenes Mädchen aus vornehmer Familie büßen muß.

Spitzen und Uhren.

Von Richard Gerlach.

Dreißig alte Frauen, wie Großmütter, Nickelbrillen auf den Nasen, sitzen in drei Reihen an Maschinen, die fast wie Nähmaschinen aussehen. Tastende Hände führen das Nadelwerk den Linien der Schablonen nach, bunte Blumen auf weißem Crêpe de Chine.

Ich bin in St. Gallen, der Hauptstadt der Weltspitzenproduktion. Freilich, in der sauberen, gediegenen Stadt mit den hundert eigensinnigen Lugfenstern und Erkern ist nicht viel zu merken von Industrie, hier ist nur der Sitz der Zentralen, der Bureaus, der Zeichenstuben, der Musterentwerfer, die Fabrikation selbst ist weit über die Schweiz verteilt.

In einem Zimmer fügt ein Künstler auf dem Reißbrett Strich an Strich, unter seinen Händen entstehen die sonderbarsten geometrischen Figuren, er spart nicht mit Silber und Indigo, etwas Paradiesvogelhaftes, etwas Schillerndes, Leuchtendes, Verführerisches kuschelt sich über den Bogen, das Husch-Husch, das an den Ballkleidern der Pariserinnen und Brasilianerinnen verwirren wird, die glänzenden Blüten der Lotosblumen, worin sich taumelnde Blicke so leicht fangen. Hier im kahlen Raum, auf einem nüchternen Bogen Papier, nehmen die raffinierten Sächelchen ihren Ursprung, ein erfahrener Maler voller Würde und Ernst setzt seine ganze Kraft daran, damit die Damen da draußen in der Welt nur ja recht gefallen, und doch denkt gewiß keine von den tausend Schönen an ihn, sie alle finden es selbstverständlich, daß man für Geld eben hübsche Sachen kaufen kann . . . .

Die Qualitätsarbeiterinnen aber, die Großmütter mit den Nickelbrillen, bücken sich über die Goldlitzen und Perlentressen und prüfen die fertigen Stoffe, die aus den Dörfern abgeliefert werden, noch einmal, ihre Gesichter sind so sorgenvoll und gütig, als gälte es, ihren eigenen Enkelinnen die Aussteuer zu nähen.

Genf ist zugleich heiter und liebenswürdig, still und verträumt, laut und geschäftig. Mietskasernen, Getöse und Hast im Mittelpunkt, am Ufer des Sees elegante Fremdenhotels und Promenaden, Konsulate, das Völkerbundsgebäude, das Rhonetal mit gelben Uferwänden, die sich auf dem Wasser wie Bronze und Email spiegeln, ein Villenviertel mit verschlafenen efeuumrankten Gärten, Reiherein an den Brücken, Möwen, die den Schwänen die entfallenen Brocken unter den Futtertrögen zu stehlen suchen, das klare Wasser des Sees, auf dessen Grund ein gesunkener Regenschirm liegt, und dann die Farben der untergehenden Sonne. . . .

In den Räumen einer berühmten Firma für Präzisionstaschenuhren — es gibt auf der Erde nur zwei dieser Art — sehe ich die Handwerker arbeiten. Jedes Rädchen wandert von Stube zu Stube, und überall wird es ganz persönlich vorgenommen, gefeilt, gelocht, geschliffen, die Uhrmacher haben das Glas ins Auge geklammt und blicken nach unten, ihre Stirnen sind von Furchen durchgraben, buschig die Brauen, unter den Augen haben sie tiefe Säcke. So werden die Mienen von Menschen, die immer die letzte Genauigkeit anstreben und probieren müssen.

„Unsere Uhren gehen auf die Sekunde genau, alles ist Handarbeit," sagt der junge Mann, der mir die Fabrik zeigt. „Ich bin Uhrmacher, mein Vater war Uhrmacher und mein Sohn wird Uhrmacher sein. . . ."

Ihre Tische stehen alle längs den Fenstern, die Fabrik könnte ebensogut ein physikalisches Universitätsinstitut sein, die Männer mit den Charakterköpfen und den weißen Kitteln, ähneln den Professoren der exakten Wissenschaft erstaunlich, ich würde mich nicht wundern, wenn sie nebenbei das Perpetuum mobile konstruierten oder an einer Theorie der Atom-Zersprengung experimentierten. Hier also entstehen die vortrefflichen Chronometer, die unter allen Umständen funktionieren, die Instrumente der unaufhaltbaren Zeit. . . .

Ich suche das Haus, wo Rousseau als Sohn eines Uhrmachers geboren wurde. Ein neueres steht an dessen Stelle. Etwas Düsteres und Trauriges lastet in der Straße. Streng und trüb sind die Tore, dumpf wie Keller die Wohnungen, wer hier aufwuchs, der mußte wohl einen unbändigen Drang nach der befreienden Natur haben, nach Glanz und Ruhm und allem, was er zu Hause nicht hatte. . . .

Ich laufe aus der Altstadt wieder zum See hinab, die Sonne umlodert mit Feuerzungen den grünen Horizont, die Alpen brennen lichterloh! . . .

Braunschweiger Bilderbogen.

Eulen, Meerkatzen, Bronzelöwen und Menschenfleischhändler.

Till Eulenspiegel soll Braunschweiger Kind sein, und als der Herr Schalk, der den Sinn im Unsinn und den Unsinn im Sinn hörte, als Gehilfe seinen Meister einmal befragte: „Was soll ich heute backen?", antwortete der Bäcker unwirsch: „Eulen und Meerkatzen." Und Till buk Eulen und Meerkatzen und verkaufte sie dann, als der Meister wütete, mit gutem Gewinn an die Schulkinder. Eulen und Meerkatzen kann man heute, nach 600 Jahren, noch bei einem Braunschweiger Bäckermeister kaufen. Sein verwinkelter Laden liegt dem Eulenspiegeldenkmal gegenüber. Die Eule, die Meerkatze, das waren die dummen Worte eines selbstzufriedenen Mannes um 1330 herum, die Till aus der Niederung der Backstube in die heitere Höhe eines guten Witzes erhob. Jeder gute Witz ist einmalig, die Eulen und Meerkatzen von 1928 sind reichlich fad. Vielleicht hat Eulenspiegel gar nicht gelebt, vielleicht ist auch sein Grab in Mölln im Lauenburger Lande falsch, wie die vielen Röcke der Apostel auch falsch sind und dennoch verehrt werden. Vielleicht ist Eulenspiegel weiter nichts, also alles, als die unsterbliche Seele des gemeinen Volkes, das sich gegen jede Dummheit, Bedrückung und Verächtlichkeit lachend und wissend wehrt.

Der Reisende kommt aus Hannover, und vor dem sehr zerrissenen kleinen Freistaat Braunschweig mit den rund 500 000 Einwohnern steht die Rauchwand der Industrie von Peine. Dort liegen große Hüttenwerke, die ihr Erz aus dem Brandungsgeröll des ehemaligen Meergrundes graben. Dann wandert er durch die alte Hansastadt Braunschweig. In ihrem Kern häufen sich die architektonischen Wunder einer tausendjährigen Vergangenheit. Weite Plätze, malerische Straßen und Fronten, barocke Portale, gotische Kirchen, wehrhafte Klöster, alte Gildenhäuser, unvollendete Türme entzücken und beglücken. Der Dom reißt zur Bewunderung hin, die vielen Brunnen erheitern das Herz und der berühmte Bronzelöwe von 1166 vor der Burg ist schön wie der geflügelte Löwe in Venedig. Die verkitschten Bauten der Kaiserzeit in fataler Neugotik machen melancholisch, bis endlich die Vernunft kommt und die romanischen, gotischen und barocken Türme, Brunnen, Häuser, Fassaden und Portale in die vergangenen Jahrhunderte eingliedert, in ihre Zeit und Bindung. Braunschweig war Handelsstadt und Knotenpunkt auf der berühmten Straße nach Lübeck und Hamburg. Erst die neue Zeit reißt Braunschweig wieder aus der grauen Geschichte in die helle Gegenwart.

Industrie umarmt das Mittelalter. Maschinenbau, optische Werke, Autofabrikation, Mühlenbau, Konservenfabriken, das ist das neue Braunschweig, und dazu gehört auch „Das Haus der geistigen Arbeit", das im Gewirr verwinkelter alter Gassen steht, eine wunderschöne Bibliothek ist, ein Beispiel neuer und schöner Bauart von heute. Neue Siedlungen bauen sich jenseits der umgrünten Wälle auf. Der Harz ist in einer Bahnstunde zu erreichen. Aber der Fremde bleibt in der Stadt und hört im Rathaus die neuen Anträge der Arbeiter. Braunschweig Stadt hat wie Braunschweig Land sozialistische Verwaltung. Auch hier sperrte das Dreiklassenwahlrecht jeden Fortschritt. Vor dem Kriege hatte zum Beispiel auch Wilhelm Raabe, der große Braunschweiger Dichter, nur das Wahlrecht der dritten Klasse, ein bekannter Bordellwirt dagegen war in die erste Klasse eingestuft.

Nun beginnt man langsam, die alten Fassaden der Vergangenheit abzuputzen. Auch bei den Straßennamen beginnt die Säuberung. Der Friedrich-Wilhelm-Platz soll Friedrich-Ebert-Platz heißen, die Husarenstraße Bebelstraße, die Rosenstraße Liebknechtstraße, die Marienstraße Lassallestraße, die Herzogin-Elisabeth-Straße Friedrich-Engels-Straße und die Juliusstraße soll nach dem Führer der Braunschweiger Arbeiter Wilhelm-Bracke-Straße benannt werden. Das wurde im Rathaus besprochen und angenommen. Auch das Gitter vor dem alten Schloß soll fallen. Und dann steht man vor jenem Gitter und jenem Schloß. Das Gitter hat noch Jerome bauen lassen, der Bruder Napoleons. Die Gitterstäbe sind Rutenbündel mit dem Liktorenbeil. Der Schloßplatz sieht verwahrlost aus. Bald wird eine Grünanlage seine kahle Fläche lieblich lindern. Auf dem Platz steht noch heute eine Eule und Meerkatze der Vergangenheit: das Denkmal von Karl Wilhelm Ferdinand, dem Soldatenverkäufer, dem Menschenfleischhändler.

In den amerikanischen Befreiungskriegen wandte sich John Bull an verschiedene Staaten, um Kanonenfutter billig zu kaufen. Die Staaten lehnten ab. Braunschweig lehnte nicht ab. Sein Herzog war ein Narr und Verschwender. Lessing diente unter ihm als Bibliothekar in Wolfenbüttel und bekam 600 Taler, dann 800 Taler Jahresgehalt. Ein italienischer Kuppler, Hochstapler und Abenteurer, der Theaterdirektor Nicolini, dagegen bekam 30 000 Taler im Jahr. Aus dem Schandvertrag mit England sei nur ein Absatz notiert. Da heißt es: England verpflichtet sich, dem Herzog von Braunschweig eine jährliche Subside auf 64 500 deutsche Taler zu zahlen. Von der Zeit an, wo die Truppen aufhören, den Sold zu beziehen, soll die Unterstützung verdoppelt werden, also aus 129 000 Talern bestehen und soll zwei Jahre nach der Rückkehr der Truppen nach Deutschland fortdauern . . . .

Die Braunschweiger Herzöge verkauften an England 5327 Soldaten. Davon verbluteten 3015 Mann auf den amerikanischen Schlachtfeldern. Für jeden Mann bekamen die Herzöge 30 Taler als Werbeprämie, für jeden Toten wurden 40 Taler gezahlt und je drei Verwundete waren gleichfalls vierzig Taler wert. Die Herzöge liebten ihre Landeskinder. Besonders die Toten und Verwundeten. Nach einer genauen Berechnung verdienten sie an dem Menschenfleischhandel rund 15 000 000 M. Ja, ihre Schande wiegelte mit Europa auf. Die Dichter, Philosophen und Volksredner ergriffen das Wort zur Klage und Anklage. Der alte Fritz erklärte zynisch, daß er von den verschacherten Truppen, die sein Gebiet berührten, einfach Viehzölle werde erheben lassen. Schiller peitschte in „Kabale und Liebe" die Habsucht, Verschwendung und Grausamkeit der fürstlichen Menschenverkäufer bis aufs Blut. Aber jener Karl Wilhelm Ferdinand überlebte den alten Fritz, er überlebte Lessing und Schiller, er brachte es weit. Er brachte es 1806 bis zum preußischen Oberbefehlshaber auf dem Schlachtfeld von Jena, wo Preußen zertrümmert wurde. Mit einer französischen Hure zog jener Herr Welf in den Krieg gegen die Franzosen.

Es mußten noch mehr als 100 Jahre vergehen, bis die Braunschweiger Arbeiter und Soldaten die Welfenherzöge verjagten. Viel Blut mußte noch fließen, ehe die Freiheit und Befreiung kam. Die Braunschweiger Proleten haben immer mit vorn gekämpft. Sie sind mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung unlösbar verknüpft. Im September 1865 wurde hier die erste Ortsgruppe des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins gegründet. Fünfzig Mann traten bei. Aus den fünfzig Mann von 1865 wurde die Mehrzahl aller Wähler im Freistaat! Bis 1918 hatten die Arbeiter keinen Vertreter im Landtag und heute herrscht eine sozialistische Regierung und will etwas anderes backen als Eulen und Meerkatzen: nämlich Brot genug für alle, die da arbeiten.

Max Barthel.

Das Bücherbord als „Mäzen".

Eine Wilhelm-Busch-Anekdote.

Sie hatten eigentlich keinerlei Beziehungen zueinander, die beiden Maler Wilhelm Busch und Karl Haider, obgleich Wilhelm Busch in seinen künstlerischen Lehrjahren mit wahrer Begeisterung Münchener Luft und Münchener Bier getrunken und Karl Haider in der Münchener Vorstadt Neuhausen geboren war und obgleich Wilhelm Busch von den Münchener „Fliegenden Blättern" aus seinen Siegeszug durch die Welt antrat und Karl Haider in München seine Freunde und seine ersten bescheidenen Erfolge fand. Aber irgendeine geheimnisvolle Verwandtschaft muß zwischen den beiden trefflichen Künstlern doch bestanden haben, zwischen dem großen Humoristen aus dem Hannoverschen und dem Maler der bayerischen Berge und Menschen. Denn beide waren Einsiedlernaturen und fühlten sich nie wohler, als wenn sie in ihrer selbstgewählten Einsamkeit den Menschen so fern wie möglich waren. Und beide konnten nicht leben ohne Bücher. Wilhelm Busch saß in seinem Bauernhaus zu Wiedensahl, zeichnete und dichtete seine köstlichen Schnurren in tiefstem Behagen. Dazwischen aber las er in seinem Schopenhauer oder in einem Werke Darwins. Und wollte er sich einmal einen besonders reichen Tag schaffen, dann griff er nach einem Band seines über alles geliebten Shakespeare und verlor sich in dessen unermeßliche Tiefen und Weiten.

In dem kleinen Häuschen aber, das Freundesliebe in Schliersee für Karl Haider erbaut hatte, stand unweit der Staffelei ein Klavier; und hatte der Maler sich müde geschafft, dann setzte er sich vor das Instrument und spielte Haydn und Mozart, Beethoven und Bach. Oder aber er trat vor seinem Bücherschrank und holte sich aus dessen Schätzen einen Band Sophokles oder Homer, Shakespeare oder Goethe, Gottfried Keller oder Jeremias Gotthelf, je wie es ihm um's Herz war.

Da kam einmal ein junger Kunsthistoriker auf den Gedanken, eine Monographie über das Thema „Modernes Mäzenatentum" zu schreiben. In zahlreichen Briefen fragte er höflich und schüchtern bei bekannten Künstlern an, welchem Menschen sie wohl am meisten zu Dank verpflichtet seien. Er bekam nicht sehr viel Antworten, aber aus Schliersee erhielt er einen Brief und aus Wiedensahl eine Postkarte. Karl Haider hatte seine Freunde gepriesen, und dann die Anregungen der großen Musiker und starken Dichter, Wilhelm Busch aber hatte nur den einen Satz geschrieben: „Meine Mäzene stehen auf meinem Bücherbord."

Bo.

Keimfähigkeit und Verdauungskanal.

Unter dieser Ueberschrift wurde vor kurzem an dieser Stelle erörtert, daß die Keimfähigkeit gewisser Samen von Pflanzen durch das Passieren des Verdauungskanales von Tieren oder Menschen erhöht würde. Wir brauchen zum Beweise dieser Tatsache aber nicht erst nach den Hauptgewürzgebieten von Niederländisch-Indien zu gehen, sondern wir haben in allernächster Nähe Beispiele, daß die Keimfähigkeit durch genannten Umstand nicht nur erhöht, sondern man kann beinahe behaupten, überhaupt erst ermöglicht wird. In der Champignonzüchterei ist es durchaus bekannt, daß die in den unter dem Hut sitzenden Lamellen gebildeten Sporen ohne gewisse Kunstgriffe verloren gehen, d. h. auf gewöhnlichem, bei anderen Pilzsporen gebräuchlichem Wege nicht leicht zum Keimen zu bringen sind, daß dies aber ganz glatt und mühelos gelingt, wenn sie den Darmkanal eines Pferdes passiert haben. Die Sporen gut ausgebildeter Pilze werden zu diesem Zweck auf einem darunter gelegten Papier gesammelt, und, nachdem sie getrocknet sind, einem gesunden, jungen, kräftigen Pferd in kleinen Portionen nach und nach verschiedene Tage hintereinander, auf das Futter in der Krippe gestreut. Bedingung ist jedoch, daß das Tier nur mit Hafer, gesundem Heu und sporenfreien Roggenstrohhäcksel gefüttert wird. Mit den festen Exkrementen verlassen die im Darmkanal unverdaut gebliebenen Pilzsporen den Pferdekörper und durchspinnen die Pferdeäpfel, wenn diese an einem geeigneten Ort aufbewahrt werden, bald mit feinen Pilzfäden. Das ist die sogenannte Jungfernbrut, mit welcher bei der Champignonzüchterei die besten Erfolge erzielt werden.

Eine Heilpflanze für Lepra? Im Londoner Botanischen Garten von Kew werden gegenwärtig Züchtungsversuche an einer Pflanze angestellt, aus der man ein Oel gewinnt, das zu Heilzwecken für Leprakranke verwendet werden kann. Es handelt sich um einen Strauch, der vom Malaischen Archipel eingeführt worden ist und der in London zu einer stärkeren Oelhergabe entwickelt werden soll. Das Oel führt bei den Eingeborenen den Namen Shaulmoogre.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Rohrlegerhelfer

Bronislaus Zalikowski

geb. 5. Januar 1884, am 27. September gestorben ist.

Am 28. September starb unser Kollege, der Schlosser

Berthold Gilgemeng

geboren am 18. Juni 1864.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Am 3. Oktober, 6½ Uhr, verstarb nach kurzer Krankheit meine liebe Tochter, die Anlegerin

Maria Doepke

nach vollendetem 39. Lebensjahre.

Dies zeigt tiefbetrübt an

Ww. Maria Doepke

Die Einäscherung findet am Montag, dem 8. Oktober, 16 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstraße, statt.

Theater, Lichtspiele usw.

Sonnab., d. 6. 10. **Staats-Oper** Unter d. Linden A.-V. 101 19 Uhr **Rosenkavalier**	Sonnab., d. 6. 10. **Städtische Oper** Bismarckstr. Turnus II 19½ Uhr **Don Carlos**
Staats-Oper am Pl. d. Republ. A.-V. 72 20 Uhr **Die heimliche Ehe**	**Staatl. Schauspielh.** am Gendarmenmarkt A.-V. 167 20 Uhr **Weh' dem der lügt**

Staatl. Schiller-Theater, Charlbg. 20 Uhr **Ein besserer Herr.**

SCALA

8 Uhr B 5 Barbarossa 9256
Original Theremin-Trio, Musik aus der Luft, Powers Riesen-Tanz-Elefanten vom New York-Hippodrom und das große Varieté-Programm.
Sonnabends u. Sonntags je 2 Vorstellungen
3.30 u. 8 Uhr. — 3.30 zu ermäßigten Preisen das ganze Programm.

Volksbühne Theater am Bülowplatz 8 Uhr **Der lebende Leichnam**

Theater am Schiffbauerdamm 8 Uhr **Die Drei-Groschen-Oper**

Thalia-Theater 8 Uhr **Schneider Wibbels Auferstehung**

Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr **Ein besserer Herr**

Th. am Schiffbauerdamm Täglich 8 Uhr **Die Drei-Groschen-Oper** Paulsen, Valetti, Ander, Gerron, Schaufuß, Kühl, Lenja. Telephon: Norden 1141 u. 281

Deutsches Theater Norden 12 310 8 U. Ende nach 10½ Zum 125. Male: **Artisten** Regie Max Reinhardt

Die Komödie Bismarck 2414/7516 8¼ Ende 11½ Uhr **Eltern und Kinder** Komödie von Bernard Shaw

Kammerspiele Norden 12 310 8¼ U. Ende 10 Uhr **Oktobertag** Schauspiel von **Georg Kaiser** Vorverk. ab 1. Okt. auch im Pavillon d. Reinhardtbühnen, Kurfürstendamm, Ecke Uhlandstraße Bismarck 448 u. 449.

Berliner Theater Direkt. Heinz Herald Charlottenstraße 90 Dönhoff 170 8 Uhr **Der lebende Leichnam** Regie: Max Reinhardt Ende nach 10¾ Uhr

HALLER-REVUE **„Schön und schick"** Th. im Admiralspalast Täglich 8¼ Uhr
2 Sonntag Vorstellungen 3 Uhr u. 8¼ Uhr. Nachmittags das ganze Vorstellg. zu halben Preisen

Theater am Nollendorfplatz Täglich 8¼ Uhr **Schwarzwaldmädel!** Sonntag 3½ Uhr: Die **Fledermaus.**

Komische Oper 8¼ **James-Klein-Revue: Tausend nackte Frauen!!** Die große Revue!
Sonntag 3¼ Uhr Vollständige Vorstellung zu kleinen Preisen
Parkett nur 4,50 Mk.

Theater des Westens 8 Uhr **Moskauer jüd. akad. Theater** **Die Reise Benjamins III.** Reg.: A. Granowsky

Gr. Volks-Bühne Kl. Königgrätz. Str. Täglich 8¼ Uhr **Der rote General**

Komödienhaus Täglich 8¼ Uhr **Hokuspokus** mit **Curt Götz**

Trianon-Th. 8¼ Uhr **Die ungeküßte Eva** Operette in 3 Akten. Originalbesetzung. Sonnabd. u. Sonntg. 4 Uhr **Froschkönig** Kindervorstellung mit Gesang u. Tanz Rundfunkhörer halbe Preise

Th. in der Lützowstr. 8¼ Uhr. Kurf. 9260. Letzte Aufführungen **Beverley weiß alles** mit Ferdinand Bonn Ab Freitag, 12. Okt. 8¼ Uhr: L. M. Lommel in **„Runxendorf auf Welle 0,5"**

Schauspieler-Bühne Dtsch. Künstler-Th. 8¼ Uhr **Fräulein Mama** Operette von **Hugo Hirsch**

Lessing-Theater 8¼ Uhr Alb. Bassermann, Lucie Mannheim **„Herr Lamberthier"** Drama von Louis Verneuil.

„Kleines Theater" Täglich 8¼ Uhr: **Max Adalbert** in **Müllers** Hermine Sterler, Landa, Siklar

Rose-Theater Gr. Frankfurter Str. 132 8¼ Uhr **Pech-Schulze** 4 Uhr: **Rotkäppchen**

Thalia-Theater Dresdener Str. 72-73 **Schneider Wibbels Auferstehung** Pendlers Gradtschmidt.

Theater in der Stadt Direktion: Eugen Robert Kommandantenstr. 57 Täglich 8 Uhr: **Spiel im Schloß** Komödie von Franz Molnar. Regie Eugen Robert Teuerster Platz Sechs Mark Billigster Platz Eine Mark

Lustspielhaus Täglich 8¼ Uhr **Arm wie eine Kirchenmaus** L. v. Thellmann, L. Gangsen, E. Müller, Rafael Belsch

Planetarium am Zoo Freitags, Sonnabends, Sonntags Nollendorf 1573 16 Uhr **Der Sternhimmel im Herbst** 18 Uhr **Erde und Weltenraum.** 20 Uhr: **Der Einfluß d. Gestirne** (Volksglaube und Wissenschaft)

Quittungs-, Rabatt- u. Reklamemarken gegen Nachahmung gesetzl. gesch. fertigt seit 48 Jahr als Spezialität. **Conrad Müller** Leipzig - Schkeuditz

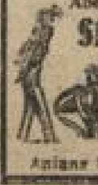
Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN im „Vorwärts" und trotzdem **!! billig !!**

Metropol-Theater
Täglich 8¼ Uhr
Franz Lehars Friederike
Käthe Dorsch als Friederike Brion und **Richard Tauber** als Johann Wolfgang Goethe
Hilde Wörner • Vespermann Kraußneck • Ziegelmann Dora Maria Stuburg • Kaiser-Titz
Vorverkauf für die ersten 14 Vorstellungen.

8¼ Uhr **CASINO-THEATER** 8¼ Uhr
Lothringer Straße 37.
Neu! Neu! Stöpsel
Dazu ein erstklassiger bunter Teil.
Für unsere Leser Gutschein für 1—4 Pers. Fauteuil nur 1.15 M., Sessel 1.65 M. Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0.60 M.

Renaissance-Theater
8¼, Heute 8¼
Ton in des Töpfers Hand
Tragödie einer Familie v. Theodore Dreiser. — Deutsch von Paul Eger. Regie: Gust. Hartung.

Winter Garten
Tägl. 8 Uhr
Das vollständig neue Oktoberprogramm mit allerersten internationalen Varieté-Kunstkräften.
Sonnabend und Sonntag je 2 Vorstellungen 3.30 und 8 Uhr 3.30 kleine Preise
Rauchen gestattet

Reichshallen-Theater
Abends 8 Sonnt. nchm. 3

Stettiner Sänger
Das wundervolle Oktober-Progr.!
Nachm. halbe Preise, volles Progr.
Dönhoff-Brett'l: Varieté-Stimmung, Tanz!
Anfang 8 Uhr, Sonntags 5¼ Uhr

Theater a. Kottbusser Tor
Kottbusser Str. 6 Tel.: Moritzpl. 16077
Täglich 8 Uhr, auch Sonntags nachm. 3 Uhr (ermäß. Preise)

Elite-Sänger mit
„Silberne Hochzeit" Lebensbild u. „Patti" einem toll. Schwank
Volkspreise: 1.00 b. 2.00 M., Logen 3.50

Berliner Ulk-Trio Neukölln. Lahnstr. 74/75 !

Passage-Lichtspiele Neukölln, Bergstr. 151/52

Neuköllner Lichtspielhaus E. Ellermann M. Förster Neukölln, Bergstr. 136/37

Freitag, den 5. bis Montag, den 8. Oktober 1928

Harry Liedtke Fritz Kampers in **Robert und Bertram** Ferner: **Tom Mix** in **Der Schrecken der Posträuber** Jugendliche haben Zutritt

Wir bringen in **Erstaufführung** Lily Damita, Wladimir Gaidarow in **Die Frau auf der Folter** Ferner: **Hoot Gibson** in **Wildwestschau**

Zu jedem Programm Bühnenschau von ersten Varietés der Welt!

ANFANG: Wochentags 5¼ Uhr, letzte Vorstellung 8¾ Uhr, Sonntags 3½ Uhr, letzte Vorstellung 8¾ Uhr

---

Das auf der Ausstellung „Die Ernährung" mit der höchsten Auszeichnung prämiierte

Wittler-Brot

schützt durch hygienische Verpackung die Gesundheit.

Versuchen Sie unser **Bauernbrot** (Roggenfeinbrot) aus **garantiert reinem Roggenmehl**

sowie Landbrot, Steinmetzbrot, Williamsbrot, Coleines-Nährbrot, Grahambrot, Simonsbrot, Kommißbrot, Mecklenburger und Hamburg-Bremer-Schwarzbrot, Dr. Klopferbrot, Pumpernickel, verschiedene Kuchenarten.

Fabrikanlagen: Berlin N. 65, Maxstraße 2—5. Verkaufsstellen in allen Teilen Berlins u. d. Vororte.

Großes Schauspielhaus
8 Uhr **CASANOVA** 8 Uhr
mit Michael Bohnen. Regie: Charell
3 U. Sonntag Nachmittagvorstlg. 3 U zu halben Preis. Unverkürzte Vorst.

Für 50 Pfg. ins Walhalla-Theater!
8 Uhr: Varieté und Tanz!!

Dabei machen Sie sich gar keine Arbeit damit: Wöchentlich einmal mit

Loba-Beize, der wasserechten

behandeln — (wie Bohnerwachs verwenden!) — und Fußbodenstreichen ist überflüssig; abgelaufene Farbstellen und ähnliche Schönheitsfehler sind unmöglich. Nicht einmal Besuch bei Regenwetter tut Müller's Fußböden etwas an. Waschen kann Frau Müller ihren Fußboden auch, ohne daß der Glanz schwindet. Dabei ist sie in ein paar Minuten fertig. Aber sie nimmt nur Loba-Beize, die wasserechte!

Für Parkett und Linoleum: Loba-Wachs

Vereinigte Wachswarenfabriken A.-G.
Lager: Berlin NW 87, Sickingenstraße 6. Hansa 1566.

Restaurationsbetrieb im Berliner Gewerkschaftshaus

Oekonom Willy Seidlitz

Engel-Ufer 24/25

Morgen, Sonntag Verstärktes Orchester

Besonders preiswerte Speisen Mittags von 12—16 Uhr

M. 1.25
Wildsupppe
Schinken in Burgunder
oder
Roastbeef engl. m. Gemüse
oder
Kalbskeule in Sahne m. Apfelmus

M. 1.50
Wildsuppe
Hirschkeule in Sahne m. Grünkohl
oder
Schweinskotelett m. Senfgurken

M. 2.—
Junge Hamburger Gans m. Rotkohl

Stammessen ab 17 Uhr:
Kalbsgulasch in Sahne M. 1.20
Riesen-Kalbshachsen M. 1.75

Außerdem die reichhaltige Speisenkarte

Verkäufe

Oefen, eiserne, jeder Art und Größe von 12,50 an. Amerikaner, Irische, Dauerbrand (auch für Säle bis 5000 cbm), transportable Kachelöfen. **Kochherde**, Gas-, Kohle-Oefen, Ofentüren, Ofenrohr, Waschkessel, Waschmaschinen, Wringmaschine, Wäscherollen, Teilzahlung. Die alte Spezialfirma Semmler u. Bleaberg, Dresdenerstraße 98—100.

Bettenverkauf! Neu! 8.75! 15.—, 19.50! Prachtvolle 27.50! Bauernbetten 32.—! Daunige 37.50! Kinderbetten 8.75! Bettwäsche! Inletts! (spottbillig und gut! Keine Lombardwaren. Leihhaus. Brunnenstraße 47.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Monatsgarderoben, Schöneberg, Hauptstraße 146.

Billiges Herbstangebot. Aus eigener Werkstatt, Herren-Wintermäntel von 18 M. an, Anzüge von 17 M. an, Joppen, Hosen zu billigsten Preisen. Preßmann, Linienstraße 64a (auf Hausnummer achten).

Stadtbekannt sind meine enorm billigen Preise: Von Kavalieren wenig getragene sowie neue Jackettanzüge, Smokinganzüge, Ulster, Paletots, jede Figur passend, Gehpelze, Sportpelze, Damenpelze. Keine Lombardware. Leihhaus Friedrichstr. 1, am Halleschen Tor.

Verleih hochelaganter Gesellschaftsanzüge. Leihhaus Lewick, Bringerstraße 106.

Wenig getragene Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Jackettanzüge, Gummimäntel, Autowagenanzüge, Gabardinemäntel, Covercoatpaletots, für jede Figur passend. Spezialität: Bauchanzüge spottbillig. Gesellschaftsanzüge werden verliehen. Salpeter, Rosenthalerstraße 4, 1. Etage.

Wenig getragene, teils auf Seide gearbeitete, erstklassige Jackettanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Ulster in modernen Formen; Paletots, schwarz und marengo; Rockpaletots, schwarz und marengo; Bauchanzüge, für jede Figur passend, außerdem hocheleganter neue Garderobe, von erstklassigen Schneidern gearbeitet, zu staunend billigen Preisen. Besonders billig: Pelzjacken, Pelzmäntel, Sportpelze, hochelegante Sachen, im Leihhaus Lewick, Bringerstraße 106, eine Treppe. Keine Lombardware.

Wenig getragene Jackettanzüge, teils auf Seide, 18,—, Smokinganzüge, Bauchanzüge, Kaisermäntel, Paletots, staunend billig. Gelegenheitskäufe in neuer Herrengarderobe. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203—204, Ecke Rosenthalerstraße. Keine Lombardware.

Möbel

Patentmatratzen, „Primissima"-Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Spezialgeschäft.

Möbel-Ausstellung, Kastanienallee 54, Nußbaum-Schlafzimmer, englische Bettstellen, Kochstühle, Riesenauswahl, Plüschsofas. Spottpreise. Zahlungserleichterung.

Aus Abschluß, Badstraße 34. Schlafzimmer, echt Eiche, 295,—, 375,—, 750,—, mit echtem Marmor, guten Doppelauflagen, polierte Schlafzimmer in Mahagoni, Nußbaum, Birke.

Aus Abschluß, Badstraße 34. Herrenzimmer, dreiteilige Bibliothek, Diplomat mit englischen Zügen, geschnitzter runder Tisch, Schreibsessel, Stühle mit Rindleder, 295,—, 375,—, 495,—, 690,—.

Aus Abschluß, Badstraße 34. Kücheneinschränke, Eiche, Nußbaum, mit Spiegel 115,—, 165,—, Waschtoiletten mit Spiegel 56,—, 125,—, Nachttische 22,—, 35,—, Vertikos, englische Bettstellen 36,—, 50,—, Patentmatratzen 14,—, Auflagen 18,—, 22,—.

Aus Abschluß, Badstraße 34. Küchen, weiß, farbig und lackiert, in bester Ausführung, 115,—, 165,—, 225,—, 295 Mark.

Aus Abschluß, Badstraße 34. Speisezimmer, wundervolle schwere Büfetts und Kredenzen, großer Ausziehtisch, Stühle mit echtem Rindleder, 385,—, 495,—, 585,—, 750,—.

Aus Abschluß, Badstraße 34. Plüschsofas 58,—, 125,—, Chaiselongues 29,—, 39,—, 45,—, Bücherschränke, Schreibtische, echt Eiche, 75,—, 98,—, 120,—, Ausziehtische 36,—, 48,—, 55,—, Rohrstühle 5.90, 6.75, 7.50.

Aus Abschluß, Badstraße 34, gibt alle Möbel mit Zahlungserleichterung und nur geringem Einzuschlag ab. Sämtliche offerierten Gegenstände sind in neuem Zustand und wird auf alle langjährige Garantie übernommen.

Aus Abschluß, Badstraße 34, liefert bis 100 Kilometer mit eigenem Auto frei Haus. Kataloge werden wegen der billigen Preise nicht versandt, aber Besuch meines Riesenlagers lohnend.

Musikinstrumente

Pianos 200,—, 475,—, 875,—, gebraucht, große Auswahl in neuen; langjährige Garantie. Heyer, Brunnenstraße 191, 1 Treppe, Rosenthaler Platz. Teilzahlung.

Pianos, überaus preiswert. Pianofabrik Link, Brunnenstraße 35.

325 M., 385 M., 475 M., schöne, gebrauchte, fabrikneue Qualitätspianos allerbilligst, Schwechten-Piano gebraucht 675 M. Teilzahlung. Klavierbauer Adolf Prestschat, Augustsstraße 38.

Fahrräder

Ohne Anzahlung an Festangestellte städtischer Betriebe, Post, Schupo, Eisenbahner usw. Starkes Tourenrad 86 M. mit 3jähriger Garantie. Wochenrate 2 M. Fahrradhaus „Rund um Berlin", Weinmeisterstraße 2. Ecke Rosenthalerstraße.

Teilzahlung. Geringe Anzahlung, kleine Rate, trotzdem billig. Nur Qualitätsräder, drei Jahre Garantie. Fahrradbau Bima, Ackerstraße dreißig.

Fahrräder, erstklassige Markenräder, Teilzahlung. Fahrradhaus Centrum, Linienstraße neunzehn.

Nähmaschinen

Aufheben! Nähmaschinen gänzlich ohne Anzahlung, 8 Wochen nach Lieferung erste Rate. Lieferung erfolgt ab Lager zu Fabrikpreisen, bequeme Wochenraten. Da kein Laden, bin ich imstande höchste Vergütung zu gewähren. Bennikl, Breslauerstraße 34.

Schreibmaschinen

Vermieten. Schreibmaschinen monatlich 10 M. Eigentumsübergang. Verkauf-Ankauf Alco, Zimmerstraße 50. Dönhoff 6072.

Kaufgesuche

Münzen, Briefmarken kauft Grobmann, Johannisstraße 4.

Pfitalen, Armeeformate, höchstzahlend. Draußner, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 244.

Zahngebisse, Platinabfälle, Altmetalle, Quecksilber, Silberschmelze, Goldschmelzerei Christionat, Köpenicker Straße 29 (Haltestelle Adalbertstraße).

Verschiedenes

Die Bernsteinkette heilt durch natürliche Kräfte: Hexenschuß, Ischias, Gicht, Rheumatismus. Müller, Alexanderstraße 38a.

Vergnügungen

Lotzbel-Säle, Schöneberg, Martin-Luther-Straße 80, täglich, außer Montags und Dienstags, großer Ball der reiferen Jugend.

Vermietungen

Mietgesuche

Schergenosse sucht für die Zeit vom 14.—27. Oktober freundliches möbliertes Zimmer. (Nähe Bahnhof Zoologischer Garten.) Angebote mit Preisangabe an Hauptlehrer Karl Bißler, Floß, Thüringen.

Zimmer

Serie — möblierte Zimmer Neuköllns. Zimmernachweis Bergstraße 125.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Schlosserlehrling stellt ein Schlosserei Müller, Schweinitzstraße 6.

Schlosser-Lehrlinge
für Präzisionsarbeiten
Söhne achtbarer Eltern, stellt sofort ein
ADE
Fabrik automatischer Schnellwaagen G. m. b. H.
Berlin - Reinickendorf - Ost
Sommerstraße 15-25
Am Bahnhof Reinickendorf-Schönholz

Schlosser-Lehrlinge
für Präzisionsarbeiten
Söhne achtbarer Eltern, stellt sofort ein
ADE
Automatenfabrik G. m. b. H.
Berlin - Reinickendorf - Ost
Sommerstraße 15-25.
Am Bahnhof Reinickendorf-Schönholz

Kunstschlosser-Lehrlinge
Söhne achtbarer Eltern, stellt sofort ein
C. ADE
Spezialfabrik für Geldschrank- und Tresorbau G. m. b. H.
Berlin-Reinickendorf-Ost
Sommerstraße 15-25
Am Bahnhof Reinickendorf-Schönholz

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 3 Trep. rechts, zu richten.

Bezirksvorstand.

Heute, Sonnabend, 18 Uhr, Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes im Konferenzzimmer der „Vorwärts"-Redaktion, Lindenstraße 3.

•

7. Kreis Charlottenburg und Spandau. Juristische Sprechstunde heute, Sonnabend, 6. Oktober, von 17—18 Uhr, im Jugendheim, Rosinenstraße 4. Gelegenheit zum Kirchenaustritt!

7. Kreis Charlottenburg. Heute, Sonnabend, 6. Oktober, 20 Uhr, im Eberpalast, Kaiser-Friedrich-Straße 24, Herbstvergnügen. Musik, Gesangsvorträge, Tanz bis 3 Uhr. Karten an der Abendkasse für 75 Pf. Alle Genossinnen und Genossen sind mit ihren Angehörigen, Freunden und Bekannten herzlichst eingeladen.

13. Kreis Tempelhof. Die Genossinnen und Genossen treffen sich am Sonntag, 7. Oktober, 14½ Uhr, am Bahnhof Tempelhof. Sonntag um 10 Uhr Filmvorführung in der Schulaula, Kaiserin-Augusta-Straße.

Heute, Sonnabend, 6. Oktober:

12. Abt. Die Bezirksführer werden gebeten, die Monatsschrift „Unser Weg" umgehend vom Genossen Köhne abzuholen.

34. Abt. Die Bezirksführer werden gebeten, sofort neues Markenmaterial und die Monatsschrift „Unser Weg" von ihren Gruppenführern abzuholen.

61. Abt. „Unser Weg" und Marken sind umgehend vom Genossen Jacobi abzuholen.

98. Abt. Britz-Buckow. 19½ Uhr wichtige Funktionärsitzung Chausseestr. 48, 3 Trp. Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

Jungsozialisten.

Heute, Sonnabend, 6. Oktober, 20 Uhr, im Festsaal des Preußischen Landtages, Prinz-Albrecht-Straße 5, Begrüßungsabend des Reichsausschusses. Kein Genosse darf fehlen. Spiel, Musik, gemütliches Beisammensein.

Gruppe Neukölln. Treffpunkt zur Teilnahme an der Begrüßungsfeier im Preußischen Landtag, um 19½ Uhr, U-Bahnhof Bergstraße. — Gruppe Baumschulenweg. Wir treffen uns heute, Sonnabend, pünktlich 19 Uhr, am Bahnhof zur Begrüßungsfeier im Preußischen Landtag.

Geburtstage, Jubiläen usw.

13. Abt. Tempelhof. Unserem Genossen, dem Bezirksverrechner Karl Braun und seiner Ehefrau zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

45. Abt. Unsere Genossin Maria Taepke, Reichenberger Straße 118a, ist am einem Herzschlag verstorben. Ehre ihrem Andenken. Einäscherung am Montag, 8. Oktober, 15½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg. Rege Beteiligung dringend erwünscht.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Politischer Informationsabend, Montag, 8. Oktober, im großen Sitzungssaal des Bezirksamtes Kreuzberg, Yorckstraße 11. Genosse Dr. Guhr spricht über: „Wirtschaftsdemokratie". Beginn 19½ Uhr.

Freie Sozialistische Hochschule. Karten für „Das Sozialistengesetz" am Sonnabend, dem 20. Oktober, 19½ Uhr, im Großen Saal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße, sind im Jugendsekretariat erhältlich.

Heute, Sonnabend, 6. Oktober:

Neukölln. Vir Treffpunkt zum Fackelzug pünktlich 18½ Uhr Hertzbergplatz. Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht. Artikel für die Heimzeitung müssen bis zum Montag, dem 8. Oktober, in Händen des Genossen Bismarck sein. — Britz: Treffpunkt zum Fackelzug 17¾ Uhr Buschkrug. — Schöneberg: IV (S. W.): Fackelfahrt. Treffpunkt 19½ Uhr K. W. P. Kosten 0,50 M. mit Tempelhof-Plakette. — Niederschöneweide: Radfahrerpropagandafahrt. Treffpunkt 18½ Uhr Heim Niederschöneweide. Pünktliche Abfahrt. — Bohnsdorf: Achtung! Die Heimabende finden ab nächster Woche nun auch Mittwochs von 20—22 Uhr statt.

Werbebezirk Osten: Treffpunkt zum Wochenendkursus 17½ Uhr Ringbahnhof Landsberger Allee, Nachzügler 19½ Uhr Ringbahnhof Frankfurter Allee. Fahnen sind mitzubringen.

Werbebezirk Müggelsee: Wochenendkursus in Rüdersdorf. Die Abteilungen müssen bis spätestens 20½ Uhr in der Jugendherberge Rüdersdorf sein.

Werbebezirk Prenzlauer Berg: 19½ Uhr Versammlung aller Schüler des Werbebezirks Prenzlauer Berg zur Gründung der „Sozialistischen Schülergemeinschaft" im Alterheim, Danziger Straße. Am Sonntag, dem 7. Oktober, treffen sich alle Genossen zur internationalen Feier um 8½ Uhr Schönhauser Allee, Ecke Danziger Straße (Normaluhr). Es wird erwartet, daß die Genossinnen und Genossen restlos erscheinen. Transparente und Fahnen müssen mitgebracht werden.

Werbebezirk Teltowkanal: Alle Gruppen des Werbebezirks treffen sich geschlossen 18½ Uhr Neukölln, Hertzbergplatz, zur Beteiligung an der Demonstration des Werbebezirks Neukölln. Fahnen mitbringen. Fahrverbindung: Ringbahn bis Bahnhof Kaiser-Friedrich-Straße. Morgen, Sonntag, „Internationale Kundgebung" in Tempelhof-Marienhof. Treffpunkt aller Genossen 14½ Uhr Bahnhof Tempelhof. Demonstration — Kundgebung — Filmvorführungen. Es wird u. a. der Dortmundfilm gezeigt. Alle Groß-Berliner Genossen sind eingeladen.

Werbebezirk Westen: Wochenendkursus in Briesellang. Treffpunkt 20 Uhr Bahnhof Charlottenburg.

Werbebezirk Neukölln: Werbedemonstration. Treffpunkt 18½ Uhr Hertzbergplatz. Pflichtveranstaltung. Transparente und Fahnen mitbringen.

Morgen, Sonntag, 7. Oktober:

Falkplatz II: Treffpunkt zur Internationalen Feier, 8½ Uhr, Falkplatz (Rote Ecke). — Schönhauser Vorstadt: Heimabend, Schönfließer Straße 7, 19½ Uhr. — Steglitz: Treffpunkt zur Kundgebung in Tempelhof: 13¼ Uhr Bahnhof Südende. — Britz: Internationale Kundgebung im Saalbau Bergstraße. Am Nachmittag Treffpunkt 13¼ Uhr Bahnhof Hermannstraße. — Norden: Wir treffen uns zur Internationalen Feier 8¾ Uhr Schönhauser Allee, Ecke Danziger Straße (Normaluhr). — Lichterfelde: Treffpunkt zum Tempelhofer Jugendtag 13 Uhr Händelplatz. — Schöneberg I und II: Treffpunkt zum Bezirksjugendtag in Tempelhof 13¼ Uhr Bahnhof Schöneberg-Mitte. — Tempelhof und Mariendorf: Sämtliche Genossen treffen sich zur Internationalen Kundgebung in Tempelhof-Mariendorf, pünktlich 14½ Uhr, Bahnhof Tempelhof.

Werbebezirk Neukölln: Internationale Kundgebung im Saalbau Neukölln. Einlaß 10½ Uhr, Beginn 11 Uhr. Eintritt 20 Pf. Parteigenossen unterstützt unsere Veranstaltung. Am Nachmittag beteiligen wir uns an der Werbekundgebung in Mariendorf. Treffpunkt 13½ Uhr Bahnhof Neukölln. Transparente und Fahnen mitbringen.

Werbebezirk Schöneberg: Beteiligung an der Internationalen Kundgebung des Werbebezirks Teltowkanal. Treffpunkt 14 Uhr Mühlen-, Ecke Hauptstraße.

Werbebezirk Wedding. Internationale Feier, 10 Uhr Alhambra-Lichtspiele, Müller-, Ecke Seestraße. Eintritt 40 Pf. Parteigenossen sind eingeladen. Anschließend Demonstration zum Brunnenplatz.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Sonnabend, 6. Oktober. Prenzlauer Berg. Kameradschaft Volk. Besichtigung des Vorwärtsbetriebes. Treffen 16½ Uhr vor dem Vorwärtsgebäude, Lindenstraße 3. Charlottenburg. 20 Uhr Familienabend der Kameradschaft „Spree" bei Nußbaum, Straße 17. Berlin-Reinickendorf. 20 Uhr Versammlung bei Schramm, Hauptstraße 15. Teltow. 20 Uhr Weihnachten Gestalt (Straßenbahnhaltestelle 177). Rheinischer Abend mit Tischbannerweihe. — Sonntag, 7. Oktober. Mitte. Beteiligung des Ortsvereins am Preisschießen des Kleinkaliberschützenvereins „Osten" in Karlshorst. Charlottenburg. Antreten des Ortsvereins um 13¼ Uhr am Bahnhof Schöneberg-Mitte. Schöneberg-Friedenau. Antreten mit Fahnen und Musik 13¼ Uhr Bahnhof Schöneberg-Mitte. Neukölln-Britz. 13 Uhr Pflichtantreten Endhaltestelle der Straßenbahnlinie 47 zum Werbemarsch auf die Dörfer und zur Gründungsfeier. Rückfahrt 21 Uhr mit der Kleinbahn. Charlottenburg. Montag, 8. Oktober, 20 Uhr, Versammlung der Kameradschaft „Sou" bei Tendl, Königstraße 51. Schöneberg-Friedenau. Kameradschaft Sziel. Sonnabend, 6. Oktober, Tischbannerweihe bei Groß, Sedanstraße 17. Alle Kameraden und Freunde sind eingeladen. Oranienburg: Kamerad Fritz Eichler ist verstorben. Antreten in Bundeskleidung zur Beisetzung am Sonnabend, 6. Oktober, 16 Uhr, bei Dume, Hanfstraße. Mitte. Sonntag, 7. Oktober, 10 Uhr, 2. Kameradschaft Generalappell bei Schilling, Tunnelstraße 36. Kleine Kameraden in Bundeskleidung. Pankow. Sonntag, 7. Oktober, 10½ Uhr, Jungkameraden antreten Vorbeug, Haltestelle der 48. Pankstraße, Schillbom, Schönhauser, Schöneweide-Johannisthal. Jungbanner. Sonntag, 7. Oktober, Sportplatz Plänterwald-Baumschulenweg. Abfahrt 8¼ Uhr Oberschöneweide, Königsplatz Adlershof. Sportgruppe. Sonntag, 9 Uhr, Handballtraining, Sportplatz Birkenallee.

Arbeitsgemeinschaft für Vorgeschichte und Naturkunde e. V. Sonnabend, 13. Oktober, 20 Uhr, in Schröders Gesellschaftshaus (Kleiner Saal), Berlin-Friedrichshagen, Friedrich-, Ecke Seestraße, Vortragsabend. Universitätsprofessor Dr. Friedrich Solger (Mitglied der Berliner Städtischen Kommission für Naturdenkmalpflege), wird einen heimatkundlich und naturwissenschaftlich bedeutsamen Vortrag über: „Die Entstehung der Müggellandschaft" halten. Unkostenbeitrag 30 Pf., Jugendliche bis zu 18 Jahren 15 Pf.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 11 Uhr, Pappelallee 15. Vortrag des Herrn B. Hessen: Arten der Literaturbetrachtung. Harmonium: Nocturno aus „Sommernachtstraum" (Mendelssohn). Gäste willkommen.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Berlin, Geschäftsstelle N. 24, Große Hamburger Straße 30, Telephon: Norden 2543. Monatsversammlungen haben nachstehende Abteilungen: Köpenick: Montag, 8. Oktober, Lokal Stippekohl, Schönerlinder Straße 3. — Schöneberg: Montag, 8. Oktober, Lokal Rosenthal, Ebersstraße 68. — Kreuzberg: Montag, 8. Oktober, Lokal Buhr, Blücherstraße 38. — Reinickendorf: Montag, 8. Oktober, Lokal Schulz, Pankower Allee. — Friedrichshain: Dienstag, 9. Oktober, Lokal Buch, Tilsiter Straße 57. — Hermsdorf: Dienstag, 9. Oktober, Turnhalle Fennstraße. — Biesdorf: Dienstag, 9. Oktober, Lokal Klees, Bismarckstraße. — Wedding: Dienstag, 9. Oktober, Lokal Bellin, Schulstraße 12. — Mitte: Donnerstag, 11. Oktober, Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz. — Pankow: Donnerstag, 11. Oktober, Jugendheim Kissingenstraße. — Steglitz: Freitag, 12. Oktober, Lokal Schmidt, Feuerstr. 39, Lichterfelde. — Lichtenberg: Freitag, 12. Oktober, Lokal Herrn, Weisestraße 13. — Neukölln: Montag, 15. Oktober, Lokal Schilling, Kirchhofstraße 41. Beginn der Versammlungen 20 Uhr. Rege Beteiligung wird erwartet.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen, Bezirk Wedding. Mitgliederversammlung am Montag, dem 8. Oktober, 20 Uhr, im Lokal Pasenhofer, Chausseestraße 64.

Freie Arbeiter-Stenographen-Vereinigung Groß-Berlin. Anmeldungen zu neuen Anfängerkursen in der Reichskurzschrift werden noch entgegengenommen. Letzter Meldetermin: Norden: Montag, 8. Oktober, Gemeindeschule, Schulstr. 90. — Nordosten: Dienstag, 9. Oktober, Gemeindeschule, Senefelder Straße 6. — Osten: Dienstag, 9. Oktober, Gemeindeschule, Frankfurter Allee 37. — Südwesten: Montag, 8. Oktober, Gemeindeschule, Gneisenaustraße 6. — Neukölln: Dienstag, 9. Oktober, im Realgymnasium, Kaiser-Friedrich-Straße 209—210, jedesmal von 19½—21½ Uhr. Das Kursusgeld beträgt einschließlich Lehrmateriallieferung für Erwachsene 10 M., für Jugendliche 7,50 M. Erwerbslose zahlen die Hälfte. Schriftliche Anfragen beantwortet W. Riedel, Berlin-Spandau, Mustermarker Straße 10, I.

Die elektrische Heizung.

Elektrizität als Betriebsstoff für die Heizung des normalen Wohn- und Arbeitsraumes kann wegen des Preises des elektrischen Stromes mit anderen Heizmitteln nicht ohne weiteres in Wettbewerb treten. Selbst wenn man die unleugbaren Vorteile der elektrischen Beheizung in Rechnung setzt, kann elektrische Raumheizung im großen ganzen nur nach dem Speicherprinzip durchgeführt werden, das heißt Oefen mit einer großen Wärmekapazität werden mit billigem Nachtstrom (8 Pf. je Kilowattstunde) aufgeheizt und geben ihre Wärme am Tage wieder von sich. Außerdem kommt elektrische Beheizung für Sonderzwecke, als Fußbodenbeheizung, Fußplatten für Stände von Schaffnern, Polizeibeamten, Verkäufern und dergleichen in Frage. Unvergleichlich gut geeignet ist jedoch die Elektrizität für Zwecke der Uebergangsheizung mit den sogenannten Heizsonnen = Strahlöfen — Strahlungsöfen. Diese bestehen meist aus einer oder mehreren Heizspiralen und einem Reflektor, der die Wärmestrahlen auf ein bestimmtes Gebiet konzentriert. Sie sind deswegen so ideale Heizgeräte, wenn in der Uebergangszeit ein Zimmer in den frühen Morgenstunden oder am Abend etwas ungemütlich kühl wird, ebenso an besonders kalten Tagen, wenn die normale Ofen- oder Zentralheizung nicht ausreicht; sie haben außerdem viel andere Anwendungsmöglichkeiten, z. B. zum Haartrocknen, zum schnellen Trocknen kleiner leichter Wäschestücke usw. Bei dem Kachelofen dauert es bekanntlich Stunden, bis der Raum durchwärmt ist; bis dahin leistet die Heizsonne wertvolle Dienste. Der Stromverbrauch der normalen Heizsonne ist gleich dem eines Bügeleisens, das heißt etwa 8 Pf. je Stunde.

—

Die Passage-Lichtspiele in Neukölln, Bergstraße 151—152, und das Neuköllner Lichtspielhaus Bergstraße 136—137 (Inhaber: E. Wermann u. R. Förster), bringen in der Zeit vom 5.—8. Oktober sehenswerte Filme zur Aufführung, unter anderem erfolgt im Neuköllner Lichtspielhaus die Erstaufführung des Films: „Die Frau auf der Folter" mit Lile Damita und Wladimir Gaidarow. Zu jedem Programm gehört eine Bühnenschau von ersten Varietés der Welt. Wir verweisen auf die Anzeige in der vorliegenden Nummer.

IN UNSEREN VORFÜHRUNGSRÄUMEN AM SCHIFFBAUERDAMM 23 · AM ANHALTER BAHNHOF IM EUROPAHAUS · AM ZOO IM CAPITOLHAUS ZEIGEN WIR IHNEN WERKTÄGL. v. 8-8 UHR KOSTENLOS UND UNVERBINDLICH DEN GEBRAUCH ALLER ELEKTRISCHEN GERÄTE FÜR KÜCHE UND HAUS. KEIN VERKAUF!

Die *elektrische Heizsonne* ist unentbehrlich in der Übergangszeit, wenn sich die reguläre Heizung noch nicht lohnt. Sie brauchen nur den Stecker einzuführen, und *sofort* strahlt Ihnen behagliche Wärme entgegen. Heizsonnen erstklassiger Fabrikate sind bereits von etwa RM. 13.- ab zu haben und in allen Geschäften mit dem Zeichen E³ auf *bequeme Teilzahlung* erhältlich. Die Stromkosten betragen nur etwa 8 Pfennig für die Brennstunde.

Die „Erma" gefährdet?

Schwere Auseinandersetzungen im europäischen Schienenkartell.

Im internationalen Schienenkartell ist zwischen den englischen Mitgliedern einerseits und den deutschen sowie französischen Mitgliedern andererseits ein ernster Konflikt ausgebrochen, der die Existenz des Kartells zu gefährden vermag. Der Konflikt hat seinen Ursprung in der schon bei Abschluß des Kartellvertrages von den Engländern durchgesetzten Forderung auf ausschließliche Belieferung der englischen Kolonien durch die britischen Schienenwerke. Daher erhielt England schon vor zwei Jahren bei Abschluß des Vertrages eine übermäßig hohe Beteiligungsquote von 43 Proz., während die gemeinsame deutsch-französische Quote nur 40 Proz. ausmacht. Einen weiteren Grund zur Unzufriedenheit der kontinentalen Mitglieder bildete die Ueberschreitung der Quote durch die englischen Werke um mehr als 100 000 Tonnen, so daß die Vertreter Deutschlands, Frankreichs und Belgiens entweder eine sofortige Strafzahlung für die Quotenüberschreitung fordern, die aber im Vertrag nicht vorgesehen ist, oder von den Engländern wenigstens einen teilweisen Verzicht auf das Marktmonopol in den Kolonien. Die Engländer denken aber nicht daran, diese Forderungen anzunehmen. Es ist daher auf der nächsten Generalversammlung des Schienenkartells im Dezember mit heftigen Auseinandersetzungen zu rechnen, die unter Umständen sogar zu einer Sprengung des europäischen Schienenkartells führen können, wenn in diesen strittigen Fragen keine Einigung erzielt werden kann.

Schwedentrust auf dem Balkan.

Schrankenlose Monopolherrschaft.

Die Finanzlage Jugoslawiens ist schon seit zwei Jahren sehr schlecht. Die Mißernte des letzten Jahres wird voraussichtlich in diesem reinen Agrarlande das vorjährige Defizit im Staatshaushalt noch erheblich vergrößern. Zur Beseitigung dieser Schwierigkeiten war die jugoslawische Regierung schon seit Anfang des Jahres in Anleihevorhandlungen mit englischen und amerikanischen Banken getreten, die sich jedoch durch die politischen Wirren zwischen Serben und Kroaten zerschlugen.

Die dadurch verschärfte Finanzkrise Jugoslawiens hat sich jetzt der Schwedentrust, der es schon längst auf das jugoslawische Zündholzmonopol abgesehen hatte, zunutze gemacht. Er bietet der jugoslawischen Regierung eine Anleihe von 35 Millionen Dollar gegen Ueberlassung des jugoslawischen Streichholzmarktes an. Es lohnt sich, die Bedingungen, zu denen dieser internationale Trust die Finanzen fremder Staaten saniert, etwas näher anzusehen, da sie ein typisches Beispiel für die schrankenlose Marktausbeutung durch ein privates Monopol bilden.

Zunächst soll die Anleihe, die mit 6 Prozent verzinst wird, nur zu einem Kurs von 92 Prozent ausgegeben werden, so daß sich daraus schon eine Verzinsung von über 6½ Prozent ergibt. Der Pferdefuß des ganzen Vertrages kommt in der Klausel zum Vorschein, daß die jugoslawische Regierung dem Schwedentrust das Recht einräumt, schon in den ersten zehn Jahren — der Pachtvertrag läuft fünfzig Jahre — die Zündholzpreise zu verdoppeln. Nach Ablauf dieser Frist steht dem Trust das Recht zu, weitere Preiserhöhungen vorzunehmen. Die finanzielle Notlage des jugoslawischen Staates wird also hier von dem Schwedentrust zu einer brutalen Ausbeutung der Verbraucher ausgenutzt. Man darf gespannt sein, wie sich das jugoslawische Parlament zu diesem Vertrag stellen wird, der die finanzielle Notlage eines Landes wucherisch ausbeutet.

Wachsender Stahlexport im September

Steigende Preise — Auch der Inlandsmarkt lebendiger.

Der Septemberbericht des Stahlwerkverbandes, der Spitzenorganisation der deutschen Eisenindustrie, läßt eine durchaus stabile, zum Teil sogar wesentlich bessere Lage der Großeisenindustrie erkennen.

Abgesehen von dem schwachen Absatz für Eisenbahnoberbaustoffe melden sämtliche Einzelverbände einen stärkeren Bedarf des Auslandes bei größtenteils steigenden Preisen und eine Besserung des Inlandsabsatzes. So haben sich die seit Monaten ununterbrochen gestiegenen Preise für Stabeisen, Band- und Formeisen im Laufe des September weiter erhöht. Der Grobblechverband, der einige größere Auslandsaufträge erhielt, meldet gleichfalls einen verstärkten Auftragseingang aus dem Inland.

Die Großeisenindustrie, die eine selten starke Inlandskonjunktur hinter sich hat und den noch nicht beträchtlichen Rückgang des Inlandsabsatzes durch die unerwartet hohen Gewinne aus der Weltmarktkonjunktur weit mehr als ausgleichen konnte, hat also nicht die geringste Ursache, die berechtigten Lohnforderungen ihrer Belegschaften mit der Drohung höherer Eisenpreise zu beantworten.

Ein Siebentel der deutschen Fertigwarenausfuhr kommt auf Strümpfe. In diesem Jahre läßt sich zum erstenmal erkennen, wie bedeutungsvoll der Export deutscher Strümpfe für die deutsche Handelsbilanz ist. Unsere Handelsstatistik hat jetzt endlich die Ausfuhr von Strümpfen von der Ausfuhr der übrigen Wirk- und Netzwaren getrennt. In den ersten acht Monaten des laufenden Jahres betrug die gesamte Strumpfausfuhr, die in aller Herren Länder geht, nicht weniger als 107½ Millionen Mark. Auf Baumwollstrümpfe entfallen 76,2 Millionen Mark oder rund 70 Proz., auf kunstseidene Strümpfe 23,7 Millionen Mark oder rund 22 Proz., während wollene und naturseidene Strümpfe nur rund 7 Proz. des deutschen Strumpfexportes ausmachen. Die größte Bedeutung in der deutschen Handelsbilanz hat bekanntlich der Export von Fertigprodukten. Es zeigt sich, daß allein die Strumpfausfuhr mehr als ein Siebentel der gesamten deutschen Fertigwaren umfaßt.

Schnapsfabriken und Branntweinmonopol. Die Winkelhausen A.-G. in Magdeburg befaßt sich in ihrem Geschäftsbericht für das am 30. April abgeschlossene Betriebsjahr 1927/28 eingehend mit den Verhältnissen auf dem deutschen Branntweinmarkt. Nach dem Bericht haben die ruinösen Verhältnisse auf dem Alkoholmarkt weiter angehalten. So werde der wichtige Grundstoff, das Weindestillat, zu Preisen angeboten, die nicht einmal die Selbstkosten eines reellen Brenners decken können, so daß durch eine Reform des Monopolgesetzes scharfe Sicherungen gegen die Schwarzbrenner geschaffen werden müßten. Immerhin war es der Gesellschaft trotz der „ruinösen Verhältnisse" möglich, aus einem Reingewinn von 0,22 Millionen Mark wieder 6 Proz. Dividende zu zahlen. Trotz gleich hohen Umsatzes konnten die Unkosten um fast 23 Proz. gesenkt werden. Während die Gesamtverpflichtungen von 3,0 auf 3,3 Millionen Mark stiegen, konnten die im Vorjahr verdoppelten Schulden bei der Reichsmonopolverwaltung um etwa 150 000 Mark ermäßigt werden.

Ernte und Wirtschaftsaufstieg.

Gute Ernten und Bauernkaufkraft als Konjunkturproblem.

Die deutsche Wirtschaftskonjunktur war in diesem Jahr trotz aller Unkenrufe mancher amtlichen Stellen und auch unserer Unternehmer im großen und ganzen nicht schlecht. Die Produktion und die Beschäftigung in der Industrie haben sich auf einer sehr beachtenswerten Höhe gehalten. Dennoch ist in den letzten Monaten, wie auch die Arbeitslosenziffern erkennen lassen, eine Neigung zur Verschlechterung vorhanden gewesen, die im Bekleidungsgewerbe, der Lederindustrie, der Textilindustrie und Holzgewerbe nicht zu verkennen waren. Niemand hat ein Interesse daran, eine Konjunktur absinken zu lassen, und wir wissen ja auch seit Jahren, daß die Steigerung der inländischen Massenkaufkraft ein ausgezeichnetes Mittel ist, die Schwankungen der Konjunktur zu verringern und damit auch in jedem Einzelfall einer Verschlechterung der Konjunktur entgegenzuwirken. Deutschland hat in dem Jahre 1928 eine ausgezeichnete Ernte, und es ist ernsthaft zu überlegen, wie diese reichliche und qualitativ gute Ernte auch für die Erhaltung der Konjunktur nutzbar gemacht werden kann.

Die diesjährige Ernte kann als die beste aller Nachkriegsernten

bezeichnet werden. Nach den Schätzungen des Statistischen Reichsamts werden wir etwa 8,6 Millionen Doppelzentner mehr Roggen, 2,0 Millionen Doppelzentner mehr Weizen und 1,9 Millionen Doppelzentner mehr Gerste ernten. Für Hafer und Kartoffeln waren die Schätzungen etwas ungünstiger, haben sich aber nach späteren Feststellungen verbessert. Man weiß aus der Vergangenheit, daß die tatsächlichen Ernteergebnisse, besonders da in diesem Jahre das Wetter durchaus günstig blieb, die amtlichen Schätzungen übertreffen, die niemals allzu optimistisch sein können, weil sie auf den Feststellungen des Deutschen Landwirtschaftsrats beruhen, der den Interessenten nahesteht.

Selbstverständlich bleibt eine so gute Ernte nicht ohne erhebliche Einwirkung auf die Gesamtlage der Volkswirtschaft. Die Handelsbilanz Deutschlands wird auf alle Fälle durch eine reichliche Ernte günstig beeinflußt. Nicht, daß man auf den Getreideimport verzichten könnte, daran ist trotz aller Proklamationen von Herrn Schiele nicht zu denken. Zweifellos tritt aber eine erhebliche Senkung der Importe ein. Im Jahre 1927 betrug die Reineinfuhr an Roggen 6,6 Millionen Doppelzentner im Werte von 134 Millionen Mark, an Weizen 25,3 Millionen Doppelzentner im Werte von 654 Millionen Mark und an Gerste 20 Millionen Doppelzentner im Werte von 390 Millionen Mark. Die Reineinfuhr dieser drei Produkte hatte insgesamt einen Wert von 1178 Millionen. Nach der guten Ernte von 1928 dürfte sich die Einfuhr von Weizen und Gerste mengenmäßig um 10 Proz. verringern, für Roggen ergibt sich möglicherweise sogar ein Ausfuhrüberschuß. Der mengenmäßigen Entlastung der Handelsbilanz entspricht eine preismäßig von gut einer Vierteilmilliarde. Da aber auch die überseeischen Länder eine sehr große und gute Ernte hatten, das Weltangebot schon jetzt sehr stark ist, kann durch sinkende Getreidepreise die Gesamtentlastung für die deutsche Volkswirtschaft noch erheblich stärker sein. Hier aber beginnt das eigentliche Konjunkturproblem.

Stark sinkende Getreidepreise verringern auch die Kaufkraft der Bauern,

die bei den Millionenzahlen bäuerlicher Haushaltungen sehr stark ins Gewicht fällt. Der deutsche Inlandsmarkt, von dem die Beschäftigung der Industrie und damit die Konjunktur abhängt, setzt sich aus der Kaufkraft der bäuerlichen und der städtischen Massen zusammen. Es ist nun eine alte, durch bittere Erfahrungen nur sehr gefestigte Tatsache, daß die städtischen Verbrauchermassen von stark sinkenden und insbesondere von stark schwankenden Getreidepreisen bei der Mehl- und Brotversorgung gar nichts haben, denn die Mehl- und Brotpreise folgen den Schwankungen der Getreidepreise nur außerordentlich zögernd und nur in sehr geringem Maße. Im Interesse der städtischen Verbraucher liegen stetigere auch bei schlechten Ernten nicht allzu sehr steigende Preise viel mehr, als die riesenhaften Preisschwankungen, die ihnen als Mehl- und Brotverbraucher nichts einbringen.

Deshalb wäre für die Erhaltung der Konjunktur, die ihrerseits wieder von einer Steigerung der inländischen Gesamtkaufkraft abhängt, für die ländlichen und städtischen Massen eine

vernünftige Regulierung der Getreidepreise,

die bei großen Ernten selbstverständlich nach unten gerichtet sein müßte, das Zweckmäßigste. Die Lebensmittelpreise von heute, die durch die Mißernte des vorigen Jahres, durch den Handel und Spekulation hochgetrieben worden sind, sind zu hoch und müssen gesenkt werden, ist doch der Lebensmittelindex vom Mai bis August dieses Jahres von 150,8 auf 155,6 Proz. hinaufgetrieben worden. Auch im Monat September ergab sich eine nur verhältnismäßig geringe Senkung.

Auf dem Wege einer vernünftigen Preisregulierung, die gleich die Lebensmittelpreise senkt und die Handelsunkosten und Handelsgewinne verringert, könnte in der Tat dem Rückgang der Konjunktur mit Erfolg Einhalt geboten werden. Der kürzliche Vorstoß der Großagrarier unter Führung des ehemaligen deutschnationalen Bürgerblockministers Schiele, durch Erhöhung der Getreidezölle die Lage der Landwirtschaft zu verbessern, hätte notwendig einen Konjunkturrückgang, niemals aber eine Konjunkturverbesserung zur Folge, weil die Kaufkraft der städtischen Massen einseitig verringert würde, ohne daß die Bauernmassen einen Vorteil davon hätten. Diesen Versuchen der Großagrarier statt einer vernünftigen Preisregulierung im Interesse der Beschäftigung der breiten arbeitenden Massen und der Gesamtwirtschaft einfach die Preise durch höhere Zölle zu steigern, muß der entschiedenste Widerstand entgegengesetzt werden. Gelingt das Zusammenwirken der Arbeiter und Bauern für einen vernünftigen und gerechten Preisausgleich, so muß die Gesamtkaufkraft in Deutschland wachsen, und der Erhaltung der Konjunktur werden neue Wege eröffnet.

Preußische Bauernpolitik.

Erklärungen zur Scheuer-Transaktion. — Bauernhilfe durch regulierte Getreidepreise.

In den letzten Tagen hat fast ein Dutzend Industrie- und Handelskammern des nordwestdeutschen von der Schwerindustrie beherrschten Bezirks einen scharfen Angriff insbesondere gegen den preußischen Staat gerichtet, weil dieser zusammen mit dem Reiche es geduldet habe, daß die Preußische Zentralgenossenschaftskasse und die Rentenbankkreditanstalt die Herrschaft über den Scheuer-Konzern erworben haben. Dieser Angriff scheint den privaten Getreidehandel schützen zu wollen, der, wie schon immer von den Reichs- und Staatsstellen betont, keines Schutzes wegen der Scheuer-Transaktion bedarf, ist aber in Wahrheit nur ein Stück jenes systematisch seit Jahren und jetzt mit besonderer Wucht geführten Kampfes des Privatkapitals gegen die öffentliche Wirtschaft, die man sonst in der Form von Aufträgen und geldlichen Zuwendungen nicht genug ausnutzen kann. Die demokratische Fraktion des preußischen Landtages, die sich mit einer begreiflichen Vorliebe der privaten Handelsinteressen annimmt, hat von der preußischen Staatsregierung Aufklärung über den Erwerb des Scheuer-Konzerns und die damit verknüpften Absichten verlangt. Der preußische Finanzminister Dr. Hoepker-Aschoff hat gestern darauf geantwortet, und man wird sagen dürfen, daß die demokratische Fraktion sich hinsichtlich ihrer Pflichten gegenüber dem freien Handel nunmehr ledig erklären darf und daß die ins Treffen geschickten nordwestdeutschen Handelskammern — es sind zehn Stück — durch die einfach aus den Tatsachen schöpfende, von Hoepker-Aschoff gegebene Begründung für ihre politischen Absichten nicht auf ihre Kosten gekommen sind.

Die Preußenkasse, so führte Hoepker-Aschoff aus, habe den ländlichen Genossenschaften und der Erreichung ihrer wirtschaftlichen Ziele einen starken Rückhalt zu geben, dem alle dazu geeigneten Geschäfte dienen müssen. Die aufsichtführende preußische Regierung habe demnach zu prüfen, ob die Scheuer-Transaktion dieses Ziel fördert oder nicht. Nach der Auffassung der preußischen Regierung bestehe heute bei den ländlichen Genossenschaften

keine einer modernen Marktbehandlung entsprechende Zusammenfassung des landwirtschaftlichen Angebots.

Das getrennte Marschieren erzeuge vielfach den Anschein eines marktmäßigen Ueberangebotes und in der Folge ein in den tatsächlichen Verhältnissen nicht begründetes Absinken der Preise. Deshalb ist es notwendig, den Absatz in der Landwirtschaft in der gleichen Weise zu vereinheitlichen, wie es durch ausländische Vorbilder als möglich erwiesen und beispielshalber in der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte auch gelungen ist.

Das gegenwärtige genossenschaftliche Absatzgeschäft ist gerade vom Standpunkt der Landwirtschaft besonders deshalb unerfreulich, weil der Landwirt von der Genossenschaft das Vielfache von dem kauft, was er an sie verkauft. Die beim Warenbezug den Landwirten gewährten Kredite können hinsichtlich der mit den Krediten verbundenen Zinskosten beim Warenverkauf der Landwirte an die Genossenschaften nicht hereingebracht werden. Dieser Widerspruch hat in den letzten Jahren das Einfrieren der Kredite bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften mitverschuldet. Der starke Anteil der Warenkredite an der Gesamtverschuldung der Landwirtschaft legt es deshalb nahe, von der Warenseite her ebenfalls das Auftauen der Kredite zu versuchen. Wenn das genossenschaftliche Kreditwesen gesunden soll, dann muß vorher das genossenschaftliche Absatzwesen zur Gesundung gebracht werden.

Der an sich mögliche Ausbau einer dazu erforderlichen neuen genossenschaftlichen Zentralstelle hätte mit Kinderkrankheiten zu kämpfen gehabt und außerdem nicht vorhandenes Geld gekostet. Deshalb war es zweckmäßiger, eine bestehende Großhandelsorganisation zurückzugreifen, eben den Scheuer-Konzern, gegen dessen geschäftliche Leistungsfähigkeit bei aller Pressefehden bisher noch nichts hat eingewandt werden können. Das seien die Gründe der Preußenkasse für ihr Vorgehen, wobei zu beachten ist, daß die erste Anregung zum Ankauf von Aktien von der Rentenbankkreditanstalt ausgegangen ist, die Preußen nicht nur nicht kontrollieren kann, der gegenüber Preußen im Staatsinteresse auf der anderen Seite auf einen entsprechenden Einfluß nicht verzichten konnte. Dieser Einfluß konnte nur durch die Beteiligung der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse gewährleistet werden.

Die Staatsregierung wisse, daß die großen Getreidepreisschwankungen nur insoweit geregelt werden könnten, als sie sich der Illiquidität der Landwirtschaft und der fehlerhaften Organisation des landwirtschaftlichen Absatzes zwangsläufig ergeben. Der preußische Landwirtschaftsminister wies auf die bedeutend besseren Möglichkeiten als bisher

bietende Bevorschussung der Ernte

hin, die im Zusammenhang mit der Scheuer-Transaktion als eine positive Leistung von der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse die Hand genommen worden ist. Für die diesjährige Ernte finanzierung stehen durch die Bankverbindungen des Scheuer-Konzerns und die Preußenkasse selbst erheblich größere Mittel zur Verfügung. Daß diese erste Tat gut sei, beweise der Eifer, mit dem der freie Getreidehandel dem Beispiel der Preußenkasse gefolgt sei.

Es ist sehr erfreulich, daß die preußische Staatsregierung die ihre aus den sachlichen Zusammenhängen geschöpfte Begründung, die in leichtfertiger Weise vergiftete öffentliche Meinung gereinigt hat. Besonders bei den Landwirten wird die Rede ihren Eindruck nicht verfehlen. Sie wird für die großen Massen der Bauern, denen zu helfen es einem demokratischen Preußen in der Tat ankommen muß, ein neuer Beweis für das lebendige Interesse sein, das die preußische Regierung unter sozialdemokratischer Führung den ernsten Nöten der Landwirtschaft am rechten Ort entgegenbringt. Die Demagogen des Sturmes gegen die öffentliche Hand, der nirgends fragwürdiger ist als hier, werden das zu ihrem eigenen Schaden bald gewahrnehmen.

Der lebende Leichnam.

Trotzki wühlt in seinem Grabe.

Noch vor kurzem galt der Trotzkismus als auf immer „erledigt". Der Ketzerpapst Trotzki, von den Tschekisten todsicher überwacht, vegetiert nach wie vor in dem politischen Kurort Alma-Ata. Seine Schüler und Anhänger befinden sich gleichfalls in der Verbannung oder in den Gefängnissen, insofern sie ihren Führer nicht verrieten. Die „Einheit" der Monopolpartei schien mit den Mitteln des rostigen Terrors endgültig gesichert zu sein.

Und auf einmal erfahren wir, daß der angeblich gestorbene Trotzkismus nur ein lebender Leichnam ist! Aus einem Vortrag Bucharins („Prawda" 212) geht hervor, daß Trotzki an den 6. Weltkongreß der Komintern unverfroren appelliert hatte. Er habe seine Wiederaufnahme in die Kommunistische Internationale gefordert. Er habe sogar seinen eigenen Gegenentwurf des Programms der Komintern dem Kongreß eingereicht, wo er die Stalinsche Theorie und Praxis als „kleinbürgerliche", thermidorianische" Entartung des Leninismus brandmarkte. Er habe seine früheren Anklagen und Beschuldigungen gegen die Stalinsche Parteiführung wiederholt und dabei hinzugefügt, daß die letzten Maßnahmen, wie das Aufheben der Zwangsbeschlagnahme der Getreidebereitstellung „einen Verrat an den Oktobergrundsätzen" darstellen. Die ultra-linke Sapronow-Gruppe hat den Kongreß mit Dokumenten überschüttet. Auch die ausländischen Oppositionellen (Ruth Fischer, Maslow, Suzanne Girot u. a.) sind diesem Beispiel gefolgt. Die Bordige-Gruppe (Italien) hat sogar an den Kongreß die Forderung gerichtet: „Der Kongreß soll Trotzki als seinen Vorsitzenden wählen und alle diejenigen aus der Komintern ausschließen, die für die Entscheidung des 15. Parteitages der KPDSU. (betreffend die Ausschließung der Trotzki-Opposition) gestimmt hatten." („Prawda" 212.)

Der 6. Weltkongreß der Komintern, von den „inneren Feinden" bereits gereinigt, hat sich allerdings als zuverlässiges Werkzeug Stalins bewährt. Er hat untertänig die Stalinsche Politik gutgeheißen und die Trotzkistischen Ketzer mit dem Bannfluch belegt. Er hat die Appellationen Trotzkis und seiner Gesinnungsgenossen „einstimmig" abgelehnt. Er hat von neuem eine feurige Kampfansage gegen den „begrabenen" Trotzkismus angekündigt.

Alles das ist nur dann erklärlich, wenn man die gegenwärtige Wiedergeburt des Trotzkismus in Rußland in Betracht zieht. Die akute Wirtschaftskrise, die passive Resistenz der Bauernschaft und die auffallende Hilflosigkeit der Stalinschen „Führung" in der Ueberwindung der wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten haben wieder die linkskommunistischen Stimmungen auf dem linken Flügel der Partei verstärkt. Stalins Rechtsschwenkung in der letzten Zeit, so schreiben die Trotzkisten in ihren illegalen Flugblättern, haben die Voraussetzungen Trotzkis bestätigt, daß der auf dem 15. Parteitag der KPDSU. verkündete Linkskurs bloß ein demagogisches Fraktionsmanöver war, um der Opposition den Boden zu entreißen.

Der „begrabene" Trotzkismus regt sich wieder. „Man kann nicht leugnen," so führt die „Prawda" vom 15. September aus, „daß es auch nach der gründlichen Reinigung der Partei von den trotzkistischen Elementen . . . in der Partei noch manche Ueberreste trotzkistischer Anschauungen und Stimmungen gibt." Die fünfte Entschließung des Moskauer Parteikomitees bestätigt, daß „die Ueberreste der Trotzki-Gruppen in der letzten Zeit versuchen, die Parteireihen zu desorganisieren und die Parteiführung zu diskreditieren". Der Führer der Moskauer Parteiorganisation und „die rechte Hand Stalins" Uglanow führte in seiner jüngsten Rede („Prawda" vom 21. September) aus, „die Opposition beginnt allmählich auch sich in den Betrieben zu regen". Sie wagen sogar gegen die offiziellen Berichterstatter der Partei in den Versammlungen aufzutreten. „Ein Teil der aus der Partei ausgeschlossenen Kommunisten und Jungkommunisten, bestätigt Uglanow, ist zwar von der Opposition abgerückt, führt aber ihr eigenes organisatorisches Dasein." Uglanow bestätigt weiter, daß die Trotzkisten illegale Literatur und Flugblätter verbreiten, worin sie die Rechtsschwenkung Stalins brandmarken, die akuten Fragen der Wohnungsnot, des Arbeitslohns und so weiter „demagogisch" gegen die Parteiführung ausnutzen, über die „angebliche" Erkrankung Trotzkis in der Verbannung Alarm schlagen usw.

So regt sich der Trotzkismus wie ein lebender Leichnam. Es ist ein beredtes Zeugnis davon, daß die unaufhörliche Wirtschaftskrise die Gegensätze innerhalb der Monopolpartei weiter verschärft.

Lettische Anklagen gegen Moskau.

Das Verbot der linken Gewerkschaften. — Verschärfte Maßnahmen geplant.

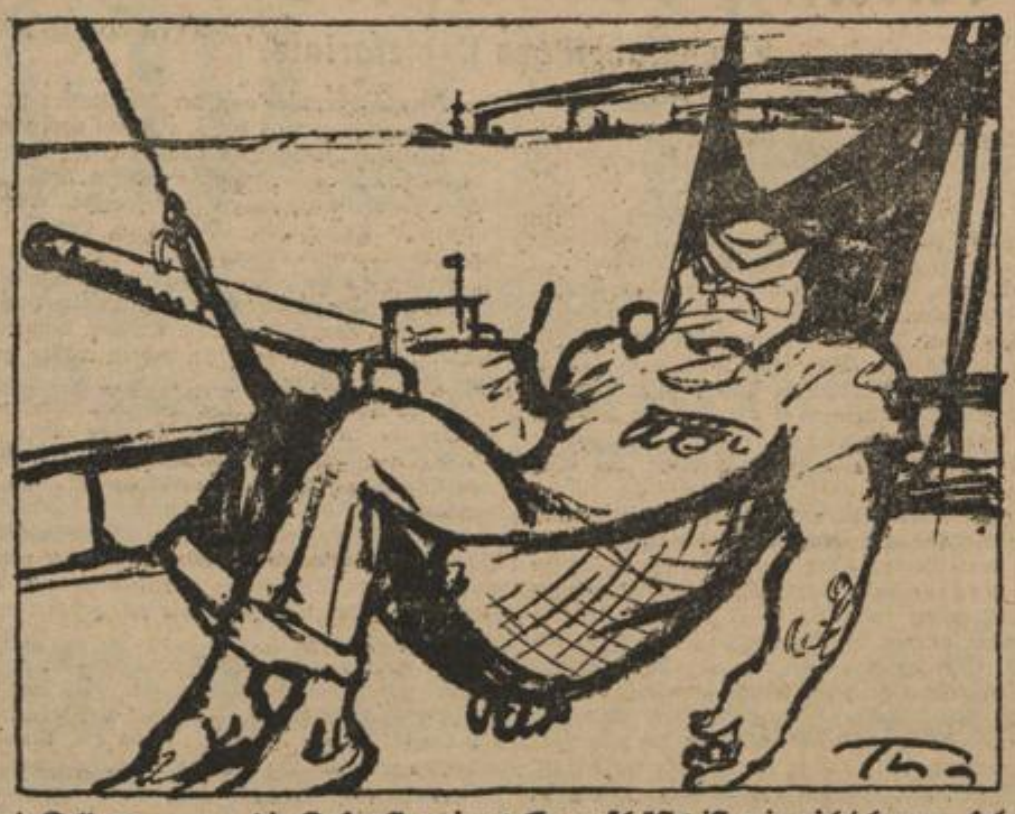
Riga, 5. Oktober. (Eigenbericht.)

Das Verbot der linken Gewerkschaften in Lettland hat den Innenminister jetzt zu einer eingehenden Begründung seiner Maßnahme veranlaßt. Seiner Erklärung entnehmen wir, daß es in Lettland keine geschlossene kommunistische Partei, sondern nur eine lockere, aber sehr aktive Organisation gibt, an deren Spitze ein von Moskau entsandter Organisator steht. Die Organisation arbeitet teils legal, teils illegal. Sie hat Hilfsvereine aufgezogen und Kulturgesellschaften gebildet, an deren Spitze ebenfalls russische Staatsangehörige stehen, die inzwischen zum großen Teil verhaftet werden konnten. Die illegale Organisation verteilt sich über ganz Lettland in sieben Bezirke, von denen jeder in drei bis vier Unterbezirke eingeteilt ist. Die Zahl der aktiv tätigen Kommunisten soll etwa 1000 betragen. Sie versuchten vor allem in die legalen Arbeiterorganisationen einzudringen und von dort aus nach den Weisungen Moskaus zu arbeiten. Angestellte der Sowjet-Gesandtschaft haben sich ebenfalls aktiv in bolschewistischem Sinne betätigt und zum Teil Spionage betrieben. In drei Fällen konnte der Nachweis der Spionage erbracht und zur Verhaftung von Angestellten der russischen Gesandtschaft in Riga geschritten werden. Die kommunistische Agitation stützt sich auch finanziell auf Moskau. Es ist nachgewiesen, daß besonders in den letzten Monaten außerordentlich hohe Geldmittel von Moskau nach Lettland geschickt worden sind.

Der lettische Innenminister ist auf Grund dieser Feststellungen der Auffassung, daß die Gesetzgebung umgehend einer Aenderung unterzogen werden muß, um Lettland nicht der kommunistischen Gefahr auszuliefern. Das Verbot der kommunistischen Partei allein genüge nicht mehr.

Bombenfund in Buenos Aires. In Buenos Aires soll die Polizei in der Wohnung von Anarchisten eine Bombe großen Kalibers entdeckt haben. Vier Personen wurden festgenommen.

Der amerikanische Mars.



„Trotz Kellogg — um die Zukunft meines Seegeschäfts ist mir nicht bange, solange die Flottenabrüstung im bisherigen Tempo fortgeht.

Reichsreform und Reichsetat.

Ministerialdirektor Brecht über das Dezentralisationsproblem.

Ulm, 5. Oktober.

Auf der Tagung des Vereins für Kommunalwirtschaft sprach Ministerialdirektor Brecht, das preußische Mitglied des noch im Oktober wieder zusammentretenden amtlichen Reichsreformausschusses, wie er betonte, als Privatmann, über die Neuordnung der Dezentralisation. Brecht setzt zu den beiden bekannten, im Reiche noch unerfüllten Grundforderungen guter Dezentralisation — Vorhandensein gleichartiger Dezentralisationsgebiete und weiteste Uebertragung von Aufgaben zur selbständigen Erledigung — als dritte Grundforderung, daß es möglich sein muß, in geeigneten Fällen auch die zentral zu beaufsichtigenden Aufgaben den örtlichen Behörden des Staates oder der Selbstverwaltung zu übertragen. Diese Möglichkeit ist besonders wichtig bei Ueberschneidung von Aufgaben und zur Vermeidung der Einrichtung neuer Behörden für noch kleine Geschäftszweige. Sie fehlt aber dem Reich vollkommen, da das Reich nur die Wahl hat, Aufgaben durch eigene Behörden zu bearbeiten oder vollständig aus der Hand zu geben. Daher verstärkt sich mit Recht der Ruf nach

Einführung der Auftragsverwaltung.

Die Umwandlung einzelstaatlicher Verwaltungen in Auftragsverwaltungen würde der freien Entschließung der Länder überlassen bleiben, solange hierin die Verfassung nicht geändert werde. Mit Einverständnis eines kleinen Landes könne das Reich sich für Auftragsverwaltung vorläufig eines anderen, größeren Landes bedienen, statt selbst kostspielige neue Verwaltungen einzurichten (z. B. Verwaltung der Justiz in Mecklenburg mit Hilfe des preußischen, unter Umständen durch einheimische Räte verstärkten Justizministeriums); dann sei aber die Verwaltung insoweit Reichsverwaltung, also Verantwortung nicht vor dem Landtag, sondern vor dem Reichstag. Hier liege die Schlüsselstellung zu gesunden Endlösungen.

Die Provinzen würden als Länder zunächst ihre bisherige beschränkte provinzielle Zuständigkeit behalten, die aber schrittweise erweitert werden kann, wobei wiederum die Auftragsverwaltung ein wichtiges Ueberleitungsmittel bilde.

Indem der Redner schon mit Rücksicht auf die erforderlichen Zweidrittelmehrheiten vor Utopien und theoretischen Typisierungen warnte, faßte er die mögliche Entwicklung wie folgt zusammen. Erster Schritt: Einrichtung und möglichste Verwendung der Auftragsverwaltung zwischen Reich und Ländern. Zweiter Schritt: Uebernahme von Aufträgen für kleine norddeutsche Länder durch Preußen für das Reich oder Aufgehen dieser Länder in Preußen. Dritter Schritt: Vereinigung der preußischen mit der Reichsregierung. Viertens: Aufgehen der kleineren Länder in dieser Gemeinsamkeit, soweit nicht schon vorher in Preußen, zum Teil unter Vorbehalt bestimmter Materien zu selbständiger Fortführung; Vereinigung von Hohenzollern mit Württemberg und Baden. Fünftens: Bei den verbleibenden außerpreußischen Ländern Personalunion zwischen Landesregierung und den obersten Reichsbeamten in dem betreffenden Lande.

Dieses sei kein Höchstprogramm, sondern ein Mindestprogramm für die Ermöglichung einer gesunden Dezentralisation.

In spätestens vier Wochen, schloß der Redner, wird das Problem wieder im Brennpunkte stehen. Denn dann beginne der Kampf um die

Deckung des Reichsetats für 1928.

Den fehlenden Betrag schätzt Brecht noch immer wie schon vor dreiviertel Jahren im Reichsrat ohne neue Einnahmequellen auf rund 500 bis 700 Millionen. Mindestens 400 Millionen notwendigen Mehrausgaben für Reparationen, Invalidenversicherung, Liquidationsschäden, Erwerbslosenfürsorge usw. und 430 Millionen wegfallenden Sondereinnahmen ständen nur etwa 100 Millionen auf Anhieb zu streichende Ausgaben und höchstens 200 Millionen ohne Steuern neu zu schaffende, zweifelhafte Sondereinnahmen gegenüber bei ungefähr gleichen Gesamtsteuererträgnissen. Der Kampf um die Deckung muß zwischen Reich und Ländern bis Weihnachten entschieden sein.

Gegen Pilsudskis Diktaturpläne.

Die Linksparteien gegen Verfassungsprojekte der Regierung.

Warschau, 4. Oktober.

Das energische Auftreten der Sozialistischen Partei gegen die vom Regierungsblock ausgearbeiteten Richtlinien für die Aenderung der Verfassung hat nun auch andere Parteien zu ähnlichen Protesten veranlaßt bzw. ermutigt. Es sind vor allem die demokratischen Bauerngruppen, die von einer undemokratischen Aenderung der Verfassung nichts wissen wollen. Da die gesamte Linke und die nationalen Minderheiten in dieser Frage eines Sinnes sind und, wie es scheint, auch zusammenhalten werden, so dürfte eine Sejmmehrheit für die von der Regierung gewünschte Verfassungsreform schwerlich zu schaffen sein.

Der alte Kirchenstreit lebt auf.

Kampfstimmung in Frankreich.

Paris, 5. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Kampfstimmung, welche die von der Regierung beabsichtigte Lockerung der Valengesetzgebung in weiten politischen Kreisen hervorgerufen hat, kann kaum als günstiges Vorspiel zum Wiederzusammentreten der Kammer gelten. Sie dürfte in der Tat für das Kabinett der nationalen Einheit gleich zu Beginn der neuen Session zur entscheidenden Kraftprobe werden. Es wird sich dann zeigen müssen, ob die Linke bereit ist, der Rechten Konzessionen auf einem Gebiet zu machen, das sie immer ängstlich als unantastbare Domäne gehütet hat. Denn in der ersten Linie handelt es sich bei der übrigens praktisch und stillschweigend schon lange vollzogenen Wiederzulassung bestimmter Kongregationen sowie der gleichfalls beanstandeten Rückerstattung liquidierter Güter an die katholische Kirche um ein nunmehr endgültiges und offizielles Verlassen des von Herriot im Jahre 1924 eingeleiteten betont antiklerikalen Kurses. Es handelt sich um den Abschluß einer Entwicklung, die in ihrem Anfange bereits auf den Sturz des Kabinetts Herriot zurückgreift.

Briand ließ es sich seinerzeit gleich nach Uebernahme des Außenministeriums angelegen sein, die fast endgültig zerschnittenen Fäden mit dem Vatikan wieder anzuknüpfen, da er sich davon Rechenschaft ablegte, daß der französische Einfluß in Afrika und im nahen Osten durch die radikale Bekämpfung der Missionen erheblich Einbuße erlitt. Der Vatikan begann mehr und mehr französische Missionare durch deutsche, englische und italienische zu ersetzen. Für Briand, der seinerzeit selbst Berichterstatter des berühmten Trennungsgesetzes im Jahre 1906 war, ist die katholische Kirche eine auswärtige Macht wie jede andere, mit der im französischen Interesse gerechnet werden muß. Die Regierung wird wahrscheinlich auch so argumentieren, wenn sie sich etwa, was anzunehmen ist, vor dem Plenum zu verteidigen haben wird.

Rumänenterror in der Dobrudscha.

Bevorstehender Protestschritt der Bulgaren.

Sofia, 5. Oktober. (Eigenbericht.)

Die bulgarischen Blätter ohne Unterschied der parteipolitischen Färbung bringen alarmierende Nachrichten über unmenschlichen Terror in der durch den Frieden von Neuilly an Rumänien abgetretenen Dobrudscha. Die Lage der reinbulgarischen Bevölkerung in der Dobrudscha sei trotz aller Versprechungen der rumänischen Regierung unerträglich geworden. Die aus Mazedonien einwandernden Zinzaren plünderten, raubten und mordeten bei völliger Passivität der rumänischen Polizei und Gendarmerie. Die Kolonisten, die arm wie Kirchenmäuse ins Land kämen, verdrängten die Bauern aus ihren Wohnungen und von ihrem Besitz. Die rumänischen Popen, Lehrer und Verwaltungsbeamten belegten die Bulgaren mit unerhörten Abgaben. In den Lagerhäusern von Silistria hätten allein die Popen und Lehrer aus der diesjährigen Ernte gegen 1000 Tonnen erpreßtes Getreide aufgespeichert. Die Bevölkerung sei durch die unzähligen Bluttaten vollends eingeschüchtert.

Bedeutung des AfA-Kongresses.

Die Einheit des Proletariats.

J. St. **Hamburg**, 5. Oktober. (Eigenbericht.)

Der dritte Kongreß des Allgemeinen freien Angestellten-Bundes hat bei allen Teilnehmern den Eindruck innerer Geschlossenheit und kampffreudigen Vorwärtsstrebens hinterlassen. Das ist insofern bemerkenswert, als die AfA-Gewerkschaften Angestelltengruppen vereinigen, deren soziale Tradition und Gliederung weit unterschiedlicher ist, als etwa die der im ADGB. vereinigten Handarbeiter. Zwischen einer Verkäuferin des Einzelhandels und einer Solistin der Staatsoper, zwischen einem Ingenieur und dem Artisten einer Varietébühne, zwischen einem Polier und einem Architekten bestehen nicht nur berufliche Unterschiede. Man kann wohl sagen, daß es das Verdienst des AfA-Bundes ist, diese in ihrer sozialen Stellung und materiellen und geistigen Interessen so verschiedenen Gruppen mit dem Geiste der Zusammengehörigkeit erfüllt zu haben. Freilich ist das nicht das alleinige Verdienst des AfA-Bundes.

Die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft, die sozial rückständige und menschlich rücksichtslose Einstellung des deutschen Unternehmertums waren starke Helfer. Man kann sogar sagen, daß sie die treibenden Kräfte dieser jungen Gewerkschaftsbewegung der sogenannten Kopfarbeiter sind. Es ist ja auf dem Kongreß wiederholt ausgesprochen worden, daß der Begriff des geistigen Arbeiters, gebraucht im Gegensatz zum Handarbeiter, nicht ganz und immer weniger zutrifft. Denn ganz abgesehen davon, daß auch die Handarbeit einen oft sehr intensiven Denkprozeß voraussetzt und selbst an der Maschine nicht so geistlos ist, wie man das manchmal annimmt, wird sogenannte Kopfarbeit immer mehr spezialisiert, die große Masse der Handels-, Bureau- und Bankangestellten, ja, selbst der Techniker der eigentlichen Initiative beraubt. Sie sind nur mehr Teilarbeiter.

Dazu kommt noch die soziale Rücksichtslosigkeit des Unternehmers. Das Durchschnittseinkommen der Angestellten ist trotz der höheren Schulbildung heute nicht höher, vielleicht noch niedriger als das der Handarbeiter. Diese geistige und materielle Herabdrückung des angeblich neuen Mittelstandes hat mit dessen Proletarisierung auch eine geistige Revolutionierung zur Folge gehabt. Auch das trat auf dem Kongreß in Erscheinung. Die Reden, Entschließungen, der ganze Geist des Kongresses atmeten den Willen zum Kampf, ja, sie waren oft radikaler als die solcher Gewerkschaftskongresse des ADGB. Das ist natürlich. Die Handarbeiter befinden sich, dank ihrer viel älteren und stärkeren Gewerkschaften, im Aufstieg, während die Angestelltengewerkschaften sich verzweifelt wehren müssen gegen die Verelendung ihrer Mitglieder.

Diese Verschiebung der wirtschaftlichen und geschichtlichen Stellung der Angestelltenschaft ist nicht allein die Ursache ihrer Sondergruppierung, sie ist gleichzeitig die Bürgschaft, daß die freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände im Zuge der Entwicklung marschieren. Die Umstellung der bürgerlichen Organisationen wird diese vor ihrem Schicksal nicht bewahren. Diese geschichtliche und soziale Entwicklung verbürgt aber auch, daß trotz der notwendigen Sondergruppierung die Einheit der Arbeiterbewegung, die die Ueberwindung des Kapitalismus zum Ziele hat, gesichert bleibt und noch viel inniger werden wird.

Die Erhebung des AfA-Bundes hat das aufgezeigt. In dem Maße, in dem die Angestellten zur Masse werden, ist auch ihre Klassenstellung entschieden. Wie auch als Folge der Konzentrierung und Mechanisierung die Gruppierung des Proletariats sich weiter vollziehen mag, alle Gruppen haben ein gemeinsames wirtschaftliches Schicksal und müssen somit ein gemeinsames Ziel, das des Sozialismus, haben. Diese Tatsache hat in Hamburg der AfA-Kongreß besonders unterstrichen und in das Licht des Tages gestellt.

Die Konditorgehilfen wehren sich.

Ein Zentrumsabgeordneter gegen die Sonntagsruhe.

Das seit dem Kriege bestehende Sonntagsbackverbot in den Konditoreien hat, wie augenscheinlich ist, die Entwicklung der Konditoreien durchaus nicht gehindert. Dieses Backverbot ermöglichte den Gehilfen, wie andere Arbeiter einen wöchentlichen Ruhetag zu haben, sich vom Kost- und Logiszwang beim Arbeitgeber frei zu machen und eine Familie gründen zu können. Die Konditoreibesitzer bestürmen seit Jahren in ihrer Profitgier die Parteien im Parlament und die Verwaltungsbehörden, um eine Aufhebung des Backverbotes herbeizuführen. Ihre Bemühungen waren bisher ohne Erfolg. Jetzt haben sich aber eine Anzahl bürgerlicher Abgeordneter unter Führung des Zentrumsabgeordneten Pfeffer gefunden, die im Reichstag einen Antrag eingebracht haben, dieses Backverbot aufzuheben. Dagegen wehren sich die Konditorgehilfen. In einer sehr gut besuchten Versammlung am 4. Oktober referierte der Reichssektionsleiter der Konditoren im Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband, Bosse-Berlin, über dieses Thema. Er führte der Versammlung vor Augen, in welchem Sklavenverhältnis früher die Gehilfenschaft gelebt hat, wie in anderen Berufen um den früheren Arbeitsschluß am Sonnabend gekämpft wird und wie nur die krasse Profitgier der Unternehmer sich gegen diese soziale Errungenschaft stemmt. Er wies ferner darauf hin, daß die Konditorenkunst heute so vielseitig ist, daß ein Mangel an Gebäck am Sonntag nicht eintreten könne.

Auch die Diskussionsredner sprachen in demselben Sinne. Es wurde eine Entschließung angenommen, der in den meisten deutschen Orten von den Konditorgehilfen zugestimmt worden ist und in der es heißt:

„Der Antrag Pfeffer und Genossen im Reichstag bedeutet für die Konditorgehilfen wieder die siebentägige Arbeitswoche. Die Versammelten fordern mit aller Entschiedenheit die Aufrechterhaltung der vollständigen Sonntagsruhe. Die verbesserten technischen Einrichtungen und Konservierungsmöglichkeiten geben die Gewähr, daß auch die an Vortagen hergestellten Erzeugnisse in keiner Weise an Geschmack und Aussehen beeinträchtigt werden."

Der Versammlungsleiter, Genosse Thieme, wies zum Schluß noch darauf hin, daß in wenigen Monaten wieder Tarifverhandlungen stattfinden, daß die Unternehmer bei jeder Verhandlung mit Verschlechterungsanträgen gekommen sind, diese zum Teil durchgedrückt haben. So gilt es, diese Scharte wieder auszuwetzen. Nicht verschlechtert soll der Tarif werden, sondern verbessert.

Schiedsspruch für die Handelsarbeiter.

Urabstimmung in den Betrieben.

Für die Handelsarbeiter des Berliner Einzelhandels ist am Dienstag, nachdem direkte Verhandlungen zwischen den Parteien ergebnislos verlaufen waren, ein Lohnschiedsspruch gefällt worden, der im wesentlichen folgendes besagt:

Die Löhne der über 22 Jahre alten ledigen Handelsarbeiter werden ab 6. Oktober um 3 M. pro Woche erhöht, gleichfalls die der verheirateten. Die Wochenlöhne der ledigen Arbeiter würden demnach 45 M. und die der Verheirateten 46 M. betragen. Der Schiedsspruch sieht nicht wie bisher eine um eine Mark höher bezahlte Gruppe der Verheirateten mit Kindern vor, sondern stellt diese Arbeiter den kinderlosen Verheirateten gleich. Für die jugendlichen Handelsarbeiter beträgt die Zulage je nach der Altersgruppe 6 bis 11 Proz.. Der Schiedsspruch berücksichtigt nicht die Forderung nach Herabsetzung der Altersgrenze für die jugendlichen Arbeiter von 22 auf 21 Jahre, und auch nicht die Forderung nach Erhöhung des Zuschlages für Kraftfahrer und Kutscher. Er soll bis zum 4. Oktober 1929 gelten. Die Erklärungsfrist läuft bis Dienstag mittag.

Eine überfüllte Versammlung der im Verkehrsbund organisierten Handelsarbeiter nahm gestern abend im Gewerkschaftshaus zu diesem Schiedsspruch Stellung. Nach dem Bericht des Branchenleiters Pollmeier über das Ergebnis der Schlichtungsverhandlungen und einer ausgiebigen Diskussion beschloß die Versammlung, heute Sonnabend und Montag in den Betrieben eine Urabstimmung über die Annahme oder Ablehnung die Schiedsspruches durchzuführen.

Tarifkampf der Speditionsangestellten.

Die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns mitgeteilt, daß am Donnerstag Verhandlungen über den Mantel- und Gehaltstarifvertrag der Angestellten im Speditionsgewerbe stattgefunden haben. Die Verhandlungen wurden ergebnislos abgebrochen, da die Unternehmer keinerlei nennenswerte Zugeständnisse machten, sondern im Gegenteil verlangten, von „drückenden Lasten" und Verpflichtungen des Tarifvertrages befreit zu werden.

Die Situation ist äußerst ernst. Wie wir hören, sind die Berliner Spediteure eine Streikversicherung eingegangen. Die beste Streikversicherung für die Angestellten ist der engste organisatorische Zusammenschluß in der führenden Berufsorganisation, im Zentralverband der Angestellten.

Die Funktionäre und Vertrauensleute der Angestellten im Berliner Speditionsgewerbe werden am Montag, dem 8. Oktober, zu der Lage Stellung nehmen und wichtige Beschlüsse zu fassen haben.

Generalversammlung der Metallarbeiter.

Ziskas Abschied.

Die jüngste Generalversammlung befaßte sich mit dem Kassenbericht vom 2. Quartal und den Verhandlungen des Hamburger Gewerkschaftskongresses. Die Versammlung ehrte zunächst den verstorbenen Branchenleiter der Zigarettenmaschinenführer, Friedrich Koch. Der Bericht des Kassierers Schmidt wurde ohne weiteres zur Kenntnis genommen und dem Kassierer Entlastung erteilt.

In der Beitragsfrage wurde den Verbandsbeschlüssen folgend beschlossen, den Lokalzuschlag in der ersten Beitragsklasse von 30 auf 20 Pf. herabzusetzen, so daß der Gesamtbeitrag ab 30. Dezember 1,50 M. beträgt. Der Ortszuschlag zur Streik- und Maßregelungsunterstützung bleibt wie bisher. Auf die Beitragsklassen II bis V findet dieser Beschluß sinngemäße Anwendung. Die Ortsverwaltung wird verpflichtet, der nächsten Generalversammlung eine Gesamtaufstellung zu unterbreiten.

Weiter wurde beschlossen, daß Angestellte im Innendienst der Verwaltungsstelle Berlin in die gleiche Gehaltsstufe eingereiht werden, wie die Außenangestellten.

Ziska berichtete dann vom Gewerkschaftskongreß, wobei er zunächst auf die üblen Vorkommnisse bei dem Aufmarsch der Gewerkschaftsjugend in Hamburg hinwies. Er erläuterte dann in eingehendem Vortrag die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses und betonte zum Schluß, daß der Kongreß gute Arbeit geleistet habe. Der Kongreß habe die Wege gezeigt, auf denen die Gewerkschaften weiter zu schreiten haben.

In der Diskussion ließ der Kommunist Niederkirchner wieder seine Phrasen vom Stapel, die jedoch auf die Generalversammlung keinen Eindruck machten. Zum Schluß stellte Ziska fest, daß die Kritiker des Gewerkschaftskongresses in der Generalversammlung über den Gewerkschaftskongreß nichts zu sagen wußten.

Ziska teilte dann mit, daß er infolge seiner Wahl zum Vorsitzenden des Arbeitsamtes Nordost seine hauptamtliche Tätigkeit als Bevollmächtigter in der Organisation einstellen müsse. Er sei jedoch bereit, seine Kraft auch weiterhin der Verwaltung ehrenamtlich zur Verfügung zu stellen.

Urich erklärte hierauf im Namen der Ortsverwaltung, daß die Ortsverwaltung unter Ziskas Leitung die größten Stürme überwinden mußte. Es galt, die Folgen der Inflation zu überwinden und den Anschlägen der Unternehmer zu begegnen, die Gewerkschaften zu zerstören. Der bewährten Kraft Ziskas sei dies gelungen. Er sei überzeugt, daß Ziska auch in seinem neuen Pflichtkreis seine Schuldigkeit im Interesse der Arbeiter tun werde. Die neuen Männer, die jetzt kommen, können nur arbeiten, wenn sie in kollegialer Weise zusammenarbeiten. Namens der Generalversammlung und der Verwaltungsstelle Berlin spreche er dem Kollegen Ziska seinen aufrichtigsten Dank aus.

Der Lodzer Textilarbeiterstreik.

70000 Streikende.

Warschau, 5. Oktober.

Der Textilarbeiterstreik in Lodz hat sich nun auch auf die umliegenden Textilstädte Pabjanice, Zgierz und Zdunska Wola ausgebreitet. Insgesamt haben bisher 70000 Arbeiter die Arbeit niedergelegt.

Es wird bestätigt, daß sich die in den christlichen und nationalen Gewerkschaften organisierten Arbeiter dem Streik anschließen.

Die polnische Regierung bemüht sich, den Streik möglichst bald beizulegen. Ministerpräsident Bartel hat die Vertreter der Lodzer Textilindustriellen für morgen zu einer Besprechung eingeladen.

Deutsch-südslawische Arbeiterschutz-Verhandlungen.

Belgrad, 5. Oktober.

Die südslawische Abordnung, die mit dem Deutschen Reich über den gegenseitigen Arbeiterschutz verhandeln soll, ist am Donnerstag nach Berlin abgereist. Es handelt sich vor allem um die im Ruhrgebiet in den achtziger Jahren angesiedelten 60 000 slowenischen Arbeiter, denen die den reichsdeutschen Arbeitern in Südslawien eingeräumten Minderheitenrechte gewährt werden sollen. In erster Linie sollen die slowenischen Arbeiter bei Unfällen oder Betriebsunterbrechungen jenen Schutz und jene materielle Unterstützung genießen, die die deutschen Arbeiter in Südslawien erhalten.

Der indische Baumwollarbeiterstreik beendet.

Nach halbjähriger Dauer.

Bombay, 5. Oktober.

Auf einer Konferenz von Vertretern der indischen Regierung und den Baumwollspinnereibesitzern wurde endgültig beschlossen, den nunmehr seit einem halben Jahre andauernden Streik aufzuheben. Die Fabriken sollen bereits morgen, Sonnabend, wieder geöffnet werden. Die Regierung hat versprochen, eine Untersuchungskommission zu bestimmen, die über die Lage in der Baumwollindustrie Indiens einen Bericht ausarbeiten soll.

Der Bergarbeiterstreik im Kladnoer Revier.

Prag, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Der Streik im Kladnoer Revier dauert an. Sein Verlauf ist bisher durchaus günstig. Von insgesamt 8600 Bergarbeitern erschienen am ersten Streiktage nur 155, am zweiten Tage nur noch 75 zur Arbeit. Auch die Drohungen der Unternehmer, die Arbeiter, die nicht zur Arbeit erscheinen, aus ihren Wohnungen herauszuwerfen, blieben auf die Arbeiter ohne Eindruck und haben nur Stimmung für einen verschärften Streik geschaffen.

Vom Streik in der belgischen Waffenfabrik.

Brüssel, 5. Oktober. (Eigenbericht.)

In dem großen Streik bei der Nationalen Waffenfabrik in Hersdael bei Lüttich ist insofern eine Wendung eingetreten, als die Betriebsleitung den Arbeitern durch Vermittlung der Regierung einen Einigungsvorschlag gemacht hat. Eine Versammlung der Streikenden lehnte den Vorschlag „in der vorliegenden Form" ab. Sie beauftragte die Streikleitung aber gleichzeitig, die Verhandlungen fortzusetzen.

Der Vorschlag macht den Arbeitern wichtige grundsätzliche Zugeständnisse in bezug auf die Sozialversicherung.

Der Postbeamtenstreik in China.

Schanghai, 5. Oktober.

Die ankommende Post häuft sich und bleibt unbestellt, da wegen des Streiks der Postbeamten die noch zur Verfügung stehenden Kräfte bei weitem nicht ausreichen. Die Postbeamten in Tientsin haben einen Sympathiestreik angefangen. Die Postbeamten in Peking fordern eine Erhöhung der Gratifikationen, wie es ihre Kollegen in Schanghai getan haben.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabends von 9—3 Uhr und 4—6 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Heute, Sonnabend, folgende Veranstaltungen: Nord- und Nordwesten: Wochenendkursus im Volkshaus Kalkberge. Treffen 19 Uhr am Stettiner Bahnhof, Koppen-, Ecke Madaistraße. Morgen, Sonntag, Süden und Südwesten: Gruppenfahrt ins Blaue. Treffen um 7 Uhr am Blücherplatz.

*

Am Sonnabend, dem 13. Oktober, veranstaltet die Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin im Bürgersaal des Rathauses, Königstraße, einen Literarischen Abend. Alfred Beierle liest „Die Geschichte von den sieben Gehenkten" von Leonid Andrejew. Unkostenbeitrag 30 Pf. Beginn pünktlich 19½ Uhr.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Sikorn; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Hierzu 1 Beilage und „Unterhaltung und Wissen".